

**NATIONAL MODEL UNITED
NATIONS
1999**

**DIE DELEGATION
DER
VOLKSREPUBLIK BANGLADESCH**

**VERTRETEN DURCH DIE
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN**

**BRIEFINGS
UND
KOMITEE - BERICHTE**

STÄNDIGE VERTRETUNG BANGLADESCHS BEI DEN VEREINTEN NATIONEN
STÄNDIGE VERTRETUNG DEUTSCHLANDS BEI DEN VEREINTEN NATIONEN
DELEGATION DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION BEI DEN
VEREINTEN NATIONEN
BRIEFING ON DISARMAMENT
BRIEFING ON UNDP
BRIEFING ON ECONOMIC AND SOCIAL DEVELOPMENT
BRIEFING ON UN REFORM
BRIEFING ON HUMAN RIGHTS
BRIEFING ON PEACEKEEPING

GENERALVERSAMMLUNG
ERSTER AUSSCHUSS DER GENERALVERSAMMLUNG
SECHSTER AUSSCHUSS DER GENERALVERSAMMLUNG
KOMITEE FÜR FRIEDENSERHALTENDE EINSÄTZE
WIRTSCHAFTS - UND SOZIALRAT
SPECIAL REVIEW SESSION ON THE INTERNATIONAL CONFERENCE ON
POPULATION AND DEVELOPMENT
MENSCHENRECHTSKOMMISSION
UNITED NATIONS EDUCATIONAL, SCIENTIFIC AND CULTURAL
ORGANIZATION
WELTGESUNDHEITSORGANISATION
ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION

Vorwort

Zum fünften Mal in Folge hat sich eine Delegation der Freien Universität Berlin an dem weltweit größten Planspiel zur Simulation der Vereinten Nationen beteiligt. Nach der Republik Litauen, der Syrischen Arabischen Republik, dem Königreich Norwegen und der Republik Südafrika hatte die Freie Universität diesmal die herausfordernde und ehrenvolle Aufgabe, die Volksrepublik Bangladesch zu vertreten. Das Projekt kulminierte in der Teilnahme am (sehr ernsthaften Plan-)Spiel am Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York. Die Vorbereitungsphase beschäftigte uns in Berlin ein halbes Jahr.

Die Lernziele waren auch diesmal ebenso anspruchsvoll wie, jedenfalls in dieser Kombination, selten für die akademische Ausbildung. Es ging gleichermaßen um die Vertiefung des Wissens über Aufgaben, Strukturen, Abläufe, Chancen und Defizite der Weltorganisation, sowie auch um die Einübung in das komplizierte Verhandlungsgeschehen, dies - selbstverständlich - in englischer Sprache. Darüber hinaus war ein intensives Studium Bangladeschs erforderlich, bedurfte es der Vertrautheit mit dessen gegenwärtiger politischer Lage vor dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung, waren Verfassung und Verfassungsrealität, ökonomische Situation und kulturelle Vielfalt dieses Landes kennenzulernen. Vertrautheit mit dem zu repräsentierenden Land ist unerlässliche Voraussetzung seiner seriösen Repräsentation auf der New Yorker Bühne.

Auf diese Ziele war unsere im Rahmen einer Lehrveranstaltung im Programm des Fachbereichs Rechtswissenschaft unter Leitung von Frau Assessorin Peggy Wittke erfolgende Vorbereitung ausgerichtet. Inhaltlich standen hierbei neben der vertieften Beschäftigung mit dem UN-System und der Entwicklung von Verhandlungsstrategien (unterstützt von Botschafter a.D. Dr. Neugebauer, in den 70er Jahren ständiger Vertreter der DDR bei den Vereinten Nationen), dem Entwerfen von Resolutionen und ähnlichen Texten auch aktuelle Fragen des Völkerrechts im Blickpunkt, solche von allgemeinem Interesse (wie die Rechtsdurchsetzung, Entwicklungen um das Gewaltverbot) und auch Fragen spezifischen Interesses für Bangladesch (Staatensukzession, Anerkennung von Staaten, völkerrechtliches Wasserrecht). Historische, kulturelle, sozialwissenschaftli-

che Daten über Bangladesch wurden mit Unterstützung des Regionalforschers Dr. Wagner von der Universität Rostock gesammelt. Die außenpolitischen Beziehungen Bangladeschs namentlich zu seinen Nachbarstaaten und die bisher von ihm in internationalen Organisationen wahrgenommene Rolle waren ein weiterer Schwerpunkt. Im März 1999 nahm das Team an einer Probesimulation des Sicherheitsrats (Thema: Naher Osten) zusammen mit 20 Diplomaten aus Entwicklungsländern und tschechischen Diplomaten teil, welche in Kooperation mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) veranstaltet wurde.

So eingestimmt, erlebten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Tage in New York gleichwohl als einen hochgesteckte Erwartungen noch übertreffenden Höhepunkt. Über die "Bewährung" des in der Vorbereitung erworbenen Wissens und der trainierten Fähigkeiten im Sinne zielführenden und effektiven Verhandeln hinaus ergaben sich unmittelbare Einblicke gerade auch in das US-amerikanische Hochschulsystem und auch teils nachdenklich stimmende, teils beglückende Erfahrungen in der engagierten Kommunikation mit Studierenden vieler Länder.

Insgesamt erwies sich diesmal als besonders fruchtbar die durch sorgfältige Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (aus einer die zur Verfügung stehenden Plätze vielfach übersteigenden Bewerbungsanzahl) erreichte "Mischung" aus Studienfächern und auch Nationalitäten. Etwa ein Drittel Juristen waren beteiligt, ebensoviel Studierende der Sozialwissenschaften, dazu solche der Wirtschaftswissenschaft, der Sprachwissenschaft oder aus Regionalstudiengängen, etliche Studierende auch, die mehrere Fächer betreiben. Gerade auch das Verständnis für die unterschiedlichen Sichtweisen, Wahrnehmungen und Fragestellungen der unterschiedlichen Fächer wurde nachhaltig gefördert. Mit den deutschen Studierenden arbeiteten solche aus der Schweiz, Schottland, Kenia, Kamerun und Peru im gemeinsamen Team.

Sehr zu danken ist allen Förderern bei der Finanzierung des Projektes, vor allem dem Außenamt der Freien Universität, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, dem Auswärtigen Amt, dem Landesverband Berlin der Deut-

schen Gesellschaft für die Vereinten Nationen sowie der CONMOTO - Beratungsgruppe und PriceWaterhouseCoopers.

Unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche inhaltliche Gestaltung und die reibungslose Organisation des Projekts war erneut das außergewöhnliche persönliche Engagement von Peggy Wittke. Doch auch und gerade den beteiligten Studierenden ist für ihren Einsatz zu danken, Head Delegate Valerie Weinzierl sei stellvertretend für alle genannt.

Ich freue mich darüber, die Begleitung des Projekts von Professor Dr. Klaus Hüfner, dessen langjährige Arbeit daran mit Grund gelegt hat für diese fünfte Teilnahme, in hoffentlich seinem Sinne am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität fortgeführt zu haben. Mögen die Fortsetzungen nicht am Fehlen finanzieller Mittel scheitern. Das Lehr- und Ausbildungsangebot unserer Universität sollte weiterhin durch eine derartige, international ausgerichtete, fächerübergreifend angelegte und zur Praxis hinführende Veranstaltung bereichert werden. Und vergessen wir nicht, daß es dabei um eine "Praxis" geht, von der im 21. Jahrhundert nicht wenig abhängt für die Lösbarkeit der brennenden Probleme zu Zeiten fortschreitender und wohl unumkehrbarer Globalisierung.

Univ.-Professor Dr. Philip Kunig

Sponsoren der Berliner Delegation bei der National Model United Nations Conference 1999

Wir bedanken uns bei den folgenden Personen, Unternehmen und Institutionen für ihre finanzielle und/oder ideelle Unterstützung unserer Teilnahme am *National Model United Nations 1999*:

Auswärtiges Amt, Bonn

Botschaft der Volksrepublik Bangladesch, Bonn

Frau Chopra, UN-Dokumentationsstelle, Universitätsbibliothek der FU Berlin

CON MOTO - Beratungsgruppe - , München

Delegation der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin

Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn

Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Berlin

Freie Universität Berlin, Außenamt

Lufthansa City Center, AP Reiseservice Pankow

Ulf Marzik, Freie Universität Berlin

Herr Dr. Bernhard Neugebauer, Botschafter a. D.

Dr. Werner Pfennig, Freie Universität Berlin

PriceWaterhouseCoopers, Berlin

Ständige Vertretung Bangladeschs bei den Vereinten Nationen, New York

Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, New York

UNi-Gruppe der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin

Dr. Christian Wagner, Universität Rostock

Dr. Peter Wex, Freie Universität Berlin

Mrs. Annabelle Wiener, WFUNA, New York

Special thanks to Geneviève Libonati for never ending support !

DELEGATION DER VOLKSREPUBLIK BANGLADESCH

KOMITEE	DELEGIERTE
Generalversammlung	Gavin Simpson Jan Philipp Roos
Erster Ausschuß der Generalversammlung	Susanne Scheller Nikolaos Patsiouras
Sechster Ausschuß der Generalversammlung	Nikola Gillhoff Inken Wiese
Komitee für Friedenserhaltende Einsätze	Patrick Berg Philipp Dermann
Wirtschafts- und Sozialrat	Gisella Mendoza Thomas Nauer
ICPD + 5	Bianka Aybar Christina Ayazi
Menschenrechtskommission	Louise Nyamu Ernst Buchrucker
UNESCO	Mechthilt Kühne Valerie Weinzierl
Weltgesundheitsorganisation	Antje Schilling Jochen Neumann
Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation	Jenny Scharrer Bertrand Njoume

Faculty Advisors: Prof. Dr. Philip Kunig und Wiss. Mit. Peggy Wittke

Einleitung

Joi Bangla - hieß es in diesem Jahr für die Delegation der Freien Universität Berlin. Die Vorbereitung auf die Vertretung von Bangladesch auf der National Model United Nations Konferenz stellte sich als eine große Herausforderung dar: wir wollten mehr über das Land erfahren, das als eines der ärmsten Länder dieser Welt gilt und das zumeist im Zusammenhang mit schrecklichen Flutkatastrophen (die letzte im Jahre 1998 setzte rund 2/3 des Landes unter Wasser) in unseren Zeitungen genannt wird. Durch die hervorragende Zusammenarbeit mit der Botschaft Bangladeschs in Bonn wie auch der Ständigen Vertretung in New York, und unterstützt von dem Bangladesch-Experten Dr. Christian Wagner von der Universität Rostock, gewannen wir im Rahmen unserer Projektgruppe im Wintersemester 1998/99 detaillierte Einblicke in Geschichte und Politik, aber auch in die Kultur und Tradition Bangladeschs.

Wir erfuhren, daß Bangladesch ein aktives Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist - bereits fünf Jahre nach der Aufnahme als 136. Mitglied in die Vereinten Nationen im Jahre 1974 wurde Bangladesch als nichtständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat gewählt (1979-80). Bangladesch ist heute drittgrößter Truppensteller für Peace-Keeping Truppen, hinter Polen und Indien. Als Sprecher der Gruppe der ärmsten Länder (least developed countries) hat Bangladesch internationales Ansehen errungen. Das in Bangladesch von der Grameen Bank entwickelte, erfolgreiche Prinzip der Mikrofinanzierung, die Kleinstkreditvergabe an Arme und Frauen, ist inzwischen von über 26 Ländern, inklusive der USA, übernommen worden.

Es war daher eine sehr stolze Delegation, die schließlich nach New York aufbrach, um der Position Bangladeschs entsprechend aktiv an den Verhandlungen der verschiedenen Komitees und Organisationen der National Model United Nations Konferenz teilzunehmen. Den ersten Höhepunkt der Konferenz stellte ohne Zweifel die Eröffnungsrede des UN-Generalsekretärs Kofi Annan dar, der die Delegierten aufforderte, ein

Teil der Vereinten Nationen zu sein: „It is your commitment, your imagination, your idealism that in the end will make the difference between success and failure, in all the enormous challenges the world faces as we begin the twenty-first century.“

Über die Zeit der Vorbereitung in Berlin, die neben der wöchentlichen Projektgruppe unsere Probesimulation „Inflammable Waters“ in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) beinhaltete, die UN-Study Tour im Hauptquartier der Vereinten Nationen und natürlich ihre Teilnahme als Vertretung der Volksrepublik Bangladesch an der National Model United Nations Conference 1999 berichten die Delegierten in dieser Dokumentation.

1999 gibt es auch ein kleines Jubiläum zu feiern: 5 Jahre NMUN an der Freien Universität Berlin! Wir nehmen dies zum Anlaß, den Weg des Projektes über eine studentische Initiative zum anerkannten Projekt an der Freien Universität Berlin nachzuzeichnen - als Erinnerung und Dankeschön zugleich, an alle, die das Projekt über die Jahre gefördert und begleitet haben.

Peggy Wittke

Die National Model United Nations Conference

Das *National Model United Nations* (NMUN) wurde 1946 als Nachfolger des 1923 gegründeten *Model League of Nations* ins Leben gerufen. Diese Programme wandten sich zunächst an Universitätsstudenten mit dem Ziel, durch eine möglichst authentische Simulation des Völkerbundes bzw. nunmehr der Vereinten Nationen den Studierenden die Arbeit und Funktionsweisen der Internationalen Organisationen näherzubringen. Die Popularität der Model United Nations-Programme ist über die Jahre kontinuierlich gestiegen. Inzwischen werden Planspiele dieser Art auch an Schulen abgehalten, allein in den Vereinigten Staaten nehmen heute jährlich mehr als 60.000 Schüler und Studenten an UN-Simulationen teil. Diese Entwicklung ist aber nicht auf die Vereinigten

Staaten begrenzt: in mehr als 25 Staaten dieser Welt werden heute Simulationen veranstaltet. In Berlin findet bereits seit einigen Jahren das BERMUN an der John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf statt.

Das *National Model United Nations* in New York ist die größte Simulation der Vereinten Nationen der Welt. Jährlich nehmen rund 2.500 Studierende aus Nordamerika, Kanada und Asien, aber auch aus Europa an der sechstägigen Konferenz teil. Veranstalter des NMUN ist die 1946 gegründete *National Collegiate Conference Association, Inc.*, die eng mit den Vereinten Nationen zusammenarbeitet und seit 1995 als *Nongovernmental Organization* anerkannt ist. Das *Board of Directors* koordiniert und überwacht die Simulationen. Die eigentliche Vorbereitung der Konferenz übernimmt ein studentisches Organisationskomitee, das jeweils für ein Jahr gewählt wird. An der Spitze dieses Organisationskomitees steht der *NMUN-Secretary General*, unterstützt von einem *Director-General* und einem *Chief of Staff*.

Jede teilnehmende Hochschule vertritt auf der Konferenz einen zuvor ausgewählten Mitgliedstaat der Vereinten Nationen. Angelehnt an die Realität sind die Mitgliedstaaten in unterschiedlichen Gremien der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen vertreten. Im Vorfeld der Konferenz besteht die Aufgabe der zukünftigen Delegierten darin, sich detailliert in die Politik und Geschichte „ihres“ Landes einzuarbeiten, um möglichst wirklichkeitsgetreu während der Konferenz auftreten zu können. Darüber hinaus ist die intensive Erarbeitung der „eigenen“ Position zu den in den *Committees* jeweils behandelten Themen notwendig. Hilfreich erweist sich diesbezüglich Besuch bei der Ständigen Vertretung (*Permanent Mission to the United Nations*) des vertretenen Staates, der den Studenten Gelegenheit gibt, weitere Hintergrundinformationen von oftmals ranghohen Diplomaten zu erhalten.

Während der fünftägigen NMUN-Konferenz wird in den einzelnen *Committees* um die Ausarbeitung von Resolutionen und Berichten gerungen. Hierbei wird deutlich, daß die Vorbereitung sich nicht nur auf das eigene vertretene Land beziehen darf, sondern es müssen auch Informationen über „Freunde und Feinde“ zusammengetragen werden, um bei den Verhandlungen die richtigen

Partner für Gespräche gewinnen zu können. Die Delegierten werden als aktive Diplomaten gefordert, die ihre Position darstellen und durchzusetzen versuchen oder auch Kompromissen zugänglich sein müssen, stets unter Wahrung der besonderen Interessen des vertretenen Staates. Nicht zuletzt wird hier der größte Reiz der NMUN-Konferenz deutlich: der einzelne Delegierte muß sich und die Interessen „seines“ Landes in die Debatte einbringen und erfährt durch die Reaktion der anderen Delegierten sofort das Resultat seiner Bemühungen. Die zuvor erarbeiteten Kenntnisse werden umgesetzt und der Lerneffekt sichtbar gemacht.

Den Abschluß der Konferenz bilden die Abstimmungen der Generalversammlung bzw. des Wirtschafts- und Sozialrates über ausgewählte Resolutionen, die im Gebäude der Vereinten Nationen stattfinden. Die angenommenen Resolutionen werden anschließend dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, als Ergebnis der *National Model United Nations Conference* überreicht.

Peggy Wittke

Die Ständige Vertretung Bangladeschs bei den Vereinten Nationen

Mechthild Kühne und Gavin Simpson

Der Besuch der Ständigen Vertretung Bangladeschs war für uns ein besonderer Höhepunkt. Nicht nur die Begegnung mit echten "Bangladeschis" war sehr wichtig für uns, sondern auch ihr diplomatisches Auftreten und die Atmosphäre in der Vertretung selbst waren im Hinblick auf die Konferenz ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Vorbereitungszeit. Ein Land auf der Konferenz "in character" ,wie es so schön heißt, vertreten zu können, ohne mit seinen Vertretern zusammenzukommen, wäre für uns undenkbar gewesen.

Primäres Ziel dieses Besuches war es, endlich mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, deren offizielle Vertreter und Partner wir für diese eine Woche sein sollten.

Wir suchten vor allem deshalb das Gespräch mit den Diplomaten, da trotz intensiver Auseinandersetzung mit den politischen und ökonomischen Gegebenheiten und den außenpolitischen Zielen und ihrer Implementierung im internationalen Rahmen uns einige Position Bangladeschs unklar blieben. Davon betroffen waren insbesondere die offizielle Menschen- und Frauenrechtspolitik Bangladeschs, die für uns West Europäer nur sehr schwer abschätzbar blieb.

Der Besuch war also in vielerlei Hinsicht sehr bereichernd für uns. Zum einen bekamen wir dadurch erstmals die Gelegenheit die Vertretung "unseres" Landes kennenzulernen. Zum anderen aber gab es uns die einmalige Möglichkeit, wichtige Arbeitsschwerpunkte und Verhandlungsstrategien der Bangladesch-Diplomaten kennenzulernen und gleichzeitig unsere Fragen mit offiziellen Vertretern Bangladeschs zu diskutieren.

Die Bangladesch Vertretung

Am Mittwoch den 31.3.1999 hatten die Vorbereitungen auf die Konferenz ihren Höhepunkt erreicht, indem jede Delegation zu einem offiziellen Mission Briefing "ihres Landes" eingeladen wurde. Für uns war es natürlich die Ständige Vertretung Bangladeschs bei der UNO. Dort wurden wir gleich von mehreren Diplomaten empfangen, was einige von uns sehr überraschte. Denn ihr zahlreiches Erscheinen gleich zu Beginn unseres Besuches zeigte uns, welch großes Interesse nicht nur von unserer Seite vorhanden war, sondern auch welch großes Interesse die Diplomaten aus Bangladesch an unserer Arbeit hatten. Diese Situation sorgte von Anfang an für eine gute und herzliche Atmosphäre.

Wie erhofft und erwartet, leuchtete uns als erstes die grün-rote Fahne Bangladeschs entgegen, und aus dem Hintergrund lächelte uns freundlich der Vater der Nation Sheik Mujibur Rahman an. Nach etwas längerer Begrüßungszeremonie führten **Counsellor Humayun Kabir, First Secretary Tarik Ahsan** und **Second Secretary Enayet Mowla** uns in einen kleinen, hellen und freundli-

chen Raum, wo abermals Sheik Mujibur Rahman uns stolz von der Wand begrüßte.

Der Raum war zwar nicht groß, er bot dafür aber ein nettes Ambiente. Gleichzeitig schaffte es eine so gute, ungezwungene Atmosphäre, daß wir ganz eng und vertraut mit "unseren" Bangladeschi-Kollegen über "unser" Land und die derzeitige politische Lage diskutieren konnten. Stolz blickte Mujibur Rahman auf uns herab und nicht minder stolz begann der Counsellor seinen Vortrag mit einer Lobeshymne auf unsere Position Papers, die er alle gelesen hatte, mit den Worten: "those papers are written by the friends of the country...you have a good insight of Bangladesh". Wichtig war in dem Augenblick für uns alle, daß wir genau das vorfanden, genau die Stimmung, die wir nach 5 monatiger Vorbereitungszeit erwartet und erhofft hatten. Sheik Mujibur Rahman hing tatsächlich an der Wand, genau so wie in unserem Hotelraum 2624. Die grün-rote Fahne schmückte die Räume und ein sehr freundlicher, ruhiger, besonnener Counsellor Kabir begann seinen kurzen und prägnanten Vortrag. Er stellte uns die scheinbar wichtigsten Vertreter vor, und erläuterte ihre Arbeit und Themenschwerpunkte in ihren Komitees wie bspw. Menschenrechts- und Wirtschaftsausschuß. Diese Auswahl wurde sehr sorgfältig getroffen, damit Bangladesch bei all den Themen mitwirken kann, die besonders wichtig für das Land sind.

Mit dem Vortrag wurde sehr schnell deutlich, wie wichtig die Arbeit Bangladeschs in der UNO und damit für seine internationale Anerkennung ist. Mag Bangladesch inmitten der anderen 185 UN-Staaten noch so unbedeutend erscheinen, so ist die Mitgliedschaft in der UNO für Bangladesch selbst, essentiell für sein politisches Handeln auf nationaler und internationaler Ebene. Vor allem aber bekleidete Bangladesch im Laufe seiner Mitgliedschaft wichtige UN-Positionen, die eine zentrale Rolle in den Vereinten Nationen spielen. Als Koordinator der LDC (Least Developed Countries) Länder hat Bangladesch seit 12 Jahren die führende, international anerkannte Position unter den Entwicklungsländern. Hinzu kommt die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat von 1979-80, die Präsidentschaft in der Generalversammlung 1986 und die Arbeit in der "Non Aligned" Gruppe, in der sie 2001 chairman sein werden. Diese Positionen sind für

Bangladesch als Entwicklungsland eine große Herausforderung. Damit geben sie dem Land aber auch die Möglichkeit, sein politische Rolle im internationalen Rahmen hervorzuheben und gleichzeitig die Welt auf die gravierend ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer aufmerksam zu machen. Während diese Ausführungen eher in vortragsweise gehalten wurden, konnten wir dann aber sehr schnell in eine fruchtbare Frage- und Diskussionsrunde einsteigen, da sich die Diplomaten bereits im Vorfeld über unseren Wissensstand informiert hatten. In der Diskussion stellte sich dann schnell heraus, welche Themen Bangladesch primär interessieren. Neben den genannten Aufgaben liegt der Schwerpunkt ihrer Arbeit vor allem auf entwicklungspolitische Themen wie bspw. Finanzierungsmöglichkeiten von Entwicklungsprojekten, dem Bereich von internationaler Friedenssicherung und humanitärer Angelegenheiten und der Umweltpolitik. Herausragend für ein so kleines Land wie Bangladesch sind vor allem seine Friedenstruppeneinsätze. Nach Polen und Indien stellt Bangladesch die größte Anzahl von Friedenstruppen in den Vereinten Nationen. Bangladesch zeigt damit seine ablehnende Haltung zu jeglicher Gewalt und dem Waffeneinsatz in der Welt. Menschenrechte sind in dem Zusammenhang ein fundamentales Recht für alle Menschen, die es zu schützen gilt. Sie haben für Bangladesch aber nicht nur eine politische, sondern vor allem auch eine ökonomische Dimension, die im Zusammenhang mit dem Recht auf Entwicklung zu sehen ist.

So stolz der Counsellor über die Rolle Bangladeschs in den VN sprach, so deutlich betonte er aber auch, daß es eine Menge von Schwierigkeiten in seinem Land gibt, die noch keine Lösung in Aussicht haben. Ganz deutlich erkennbar sind dabei fehlende Finanzierungsmöglichkeiten für die Implementierung neuer Projekte. Selbst das sehr erfolgreich laufende Projekt der Grameen Bank reicht nicht annähernd aus, Probleme dieser Art zu bewältigen. Wesentlicher Bestandteil der Arbeit bei den Vereinten Nationen ist es daher, mit den führenden Industriestaaten zusammenzukommen, um nach adäquaten Lösungen dieser Probleme zu suchen. Eine fehlende Infrastruktur hat es bisher unmöglich gemacht, den Markt für private Investoren zu öffnen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Arbeit in der ASEUM (Asia-Europe-Meeting) Gruppe, wo 10 europäische und 10 asiatische Länder zusammenkommen, ist daher ein zentraler

Punkt ihrer Arbeit. Aber auch in den anderen Bereichen gibt es noch viel zu tun, meinen die Diplomaten, was wir ohne große Nachfrage gerne glaubten. Und genau diese offene, ehrliche und präzise Art war es, die uns alle sehr begeisterte. Und demnach riß die Fragerunde auch nicht nach 1 stündiger Diskussion ab. Viel mehr wurden wir ermuntert zu bleiben mit den Worten: "You are friends of the country, please go ahead..."

Die aufmerksamen Diplomaten versorgten uns dann liebevoll mit Keksen und Cola, während wir uns den "schwer abschätzbaren" Themen zuwandten. Gab es Unklarheiten oder gab es die Frage nach bestimmten Gesetzen zum Schutz von Menschenrechten in Bangladesch, so sprang einer der Bangladeschs sofort auf, um uns mit fehlenden Informationen, Zahlen, Fakten in Form von Kopien o.ä. zu versorgen. Das war ein Gefühl echter Diplomatie auf höchster Ebene, ein Gespräch von und mit Bangladeschis.

Nach gut zweieinhalb Stunden fragen und diskutieren, bestanden alle darauf ein Bild unter dem Foto Mujibur Rahman und der Fahne Bangladeschs zu machen. Damit hatten die Bangladeschis unsere Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern auch bei weitem übertroffen. Zudem standen sie uns während der Konferenz jederzeit telefonisch zur Verfügung, was die Teilnehmer nutzten und sofort kompetente und schnelle Antworten erhielten.

Für uns und unser Selbstbewußtsein auf der Konferenz war dieses Treffen von großer Bedeutung. Die fachlich qualifizierten Antworten auf unsere Fragen und die freundlich-offizielle Begrüßung in der Botschaft, zeigten wie wichtig diese Veranstaltung für beide Seiten war. Eine bessere Vorbereitung auf die folgenden Konferenztage hätten wir nicht bekommen können. Die Qualität des Briefings bewährte sich noch mehr, als wir dann auf der Konferenz genau zu den Themen Stellung beziehen mußten, die uns die Diplomaten als besonders wichtig vorstellten - sehr interessant und fundiert.

Danke Bangladesch!

Der Besuch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen

Susanne Scheller

Die FU-Delegation wurde am 29.4.1998 zusammen mit allen anderen deutschen Delegationen, die am diesjährigen National Model United Nations beteiligt waren, in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen empfangen.

Die sehr informative Rede wurde von **Botschafter Dr. Dieter Kastrup** gehalten, der im Anschluß daran zusammen mit seinen drei Mitarbeitern, Herrn Rösch (Wirtschaftsressort), Herrn Wolf (Politikressort) und Herrn Marquard (Presseabteilung) für Fragen aus dem Auditorium zur Verfügung stand.

Die große Zahl der zuhörenden Studenten von verschiedenen Universitäten und daher auch unterschiedlichen Delegationen im Model United Nations, sorgte für sehr heterogene Interessen in der Zuhörerschaft. Daher entschied sich der Referent für einen allgemeinen Überblick.

In diesem Überblick sprach er zunächst die Aufgaben der UNO an, die seit Ende des Kalten Krieges neuen Herausforderungen begegnen muß: Die zunehmende Verflechtung der Politikfelder und die Globalisierung hätten es notwendig gemacht, daß die UNO ihren Aufgabenbereich über die reine Friedenssicherung hinaus erweitert habe.

Desweiteren ging Botschafter Dr. Kastrup auf die wegen der deutschen Teilung außergewöhnliche Geschichte der Bundesrepublik in der UNO ein. Dabei hob er die Bedeutung der derzeitigen Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik in der Europäischen Union hervor. Da die EU in der letzten Zeit bestrebt wäre, in der UNO mit einer Stimme zu sprechen, komme dem Ratspräsidenten also eine besonders wichtige Funktion zu.

Auch die Reform der UNO wurde vom Referenten diskutiert, dabei lag der Schwerpunkt auf der Frage der Reform des Sicherheitsrates. Insbesondere das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder wurde problematisiert und darüber

hinaus der Vorschlag gemacht, den Sicherheitsrat um weitere ständige Mitglieder zu erweitern.

Schließlich sprach der Botschafter auch die noch immer ungelösten Finanzschwierigkeiten der UNO an, die hauptsächlich daher rührten, daß die wenigsten Mitglieder, einschließlich den USA, ihre Beiträge pünktlich zahlen.

Der Vortrag machte die große Komplexität der Aufgaben und die sich daraus ergebenden Probleme der UNO deutlich und zeigte die Möglichkeiten und Grenzen einer politischen Mitgestaltung Deutschlands in den Vereinten Nationen.

Bericht des Briefings bei der Delegation der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen

Jenny Scharrer und Antje Schilling

Einer der enthusiastischsten Diplomaten die wir während unserer UN Study Tour in New York getroffen haben, war mit Sicherheit **H.E. Luigi Boselli**, Botschafter der Delegation der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen. Während des Briefings bekamen wir eine kurze Einführung von Herrn Boselli gefolgt von der Möglichkeit, Fragen zu stellen, die während seiner Rede entstanden waren. Das Treffen war beherrscht von der sehr offenen Art Herrn Bosellis, mit der er uns seinen persönlichen Eindruck und Standpunkt in Bezug auf die Vereinten Nationen und die EU zu vermitteln suchte.

Herr Boselli unterstrich die sich verändernde Rolle der EU bei den Vereinten Nationen und die Probleme der USA. mit einer Europäischen Union umzugehen, die zunehmend vereint und selbstbewußt auftritt. Er skizzierte die Unterschiede zwischen beiden Organisationen und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, daß die EU anders als die Vereinten Nationen mehr als eine zwischenstaatliche Organisation sein möge.

In Bezug auf die Aufgaben der Delegation berichtete Herr Boselli, daß die Hauptarbeit im Verstärken der Koordination zwischen den Mitgliedstaaten und dem Herausarbeiten gemeinsamer Positionen bestünde. Seit 1964 hat die Europäische Kommission eine Vertretung in New York unterhalten, die seit 1974 als Büro der Delegation fungiert. Es beinhaltet eine Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Am 11. Oktober 1974 wurde der Europäischen Gemeinschaft durch die UN-Resolution 3208 Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen gewährt. Sie wird vertreten durch die Delegation und das jeweilige Land, welches die sechs Monate andauernde Präsidentschaft innehat.

Heute spielt die EU eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung gemeinsamer europäischer Standpunkte. Vor allem in den wirtschaftlichen und sozialen Bereichen, für die die Europäische Union die alleinige Kompetenz besitzt, gelingt es zunehmend Geschlossenheit zu demonstrieren. So wertete es Herr Boselli als großen Fortschritt, daß die EU seit 1997 von einigen Ausnahmen abgesehen, in der Generalversammlung mit einer einzigen Stimme spricht. Auf Sicherheits-

ratsebene ist eine solche Art der Zusammenarbeit indes noch auf lange Zeit hin nicht in Sicht.

Als Beobachter bei den meisten der UN Sonderorganisationen hat die EU kein Stimmrecht. Als nicht-staatlicher Teilnehmer ist sie dennoch Signatar von über 50 multilateralen Übereinkünften und Konventionen auf UN-Ebene. Erst 1991 wurde die EU mit ihrem Beitritt zur Welternährungsorganisation zum ersten mal als vollwertiges Mitglied einer Sonderorganisation anerkannt.

Die Erfahrung bei der Europäischen Delegation hat uns einen Einblick in das Netzwerk der Vereinten Nationen gegeben und uns einmal mehr gezeigt, daß die Vereinten Nationen gerade im Moment Menschen brauchen, die Visionen haben und einen starken Willen, für diese einzutreten.

Briefing on Disarmament

Nikolaos Patsiouras

Während der UN- Study Tour trafen wir mit **Herrn Michael Cassandra**, Political Affairs Officer at the Department for Disarmament Affairs, zusammen, der uns einen Einblick in die Rolle der Vereinten Nationen in der Abrüstung vermittelte. Trotz anfänglicher Kommunikationsprobleme verursacht durch den brodelnden New Yorker Verkehr und die Fauna auf Manhattan Island, jeweils vertreten durch vorbeifliegende Hubschrauber und laut zwitschernde Singvögel, gelang es Mr. Cassandra uns einen interessanten Überblick über die Arbeit des *UN Institute for Disarmament Research* zu verschaffen.

Themen mit denen sich das *UN Institute for Disarmament Research* befaßt sind Massenvernichtungswaffen, das Register der Vereinten Nationen für schwere Waffen, sowie der Bestand von Handfeuerwaffen.

Eine wichtige Rolle spielt die Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten wie z.B.: SIPRI, sowie die Conference on Disarmament. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es große Mengen an Daten über Abrüstung zusammenzutragen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat das Thema der Atomwaffen sicherlich an Dringlichkeit verloren. Es ist allerdings immer noch von großer Wichtigkeit. Dazu tragen vor allem die, nach Schätzungen weltweit rund 22.000 stationier-

ten Atomsprengkörper und ungefähr genauso viele in Reserve gehaltenen Atomwaffen bei. Allein das US- Atomwaffenarsenal hat 120.000 mal die Wirkung der Bombe von Hiroshima. Charakteristisch ist, daß die USA jährlich eine Summe von 25.000.000.000 \$ für die Erhaltung ihres Atomwaffenarsenals ausgeben.

Wichtige Mittel im Kampf gegen Atomwaffen stellen vor allem Verhandlungen zwischen den Streitparteien sowie internationale Abkommen wie die *Nuclear Non Proliferation Treaty* von 1970 und die *Comprehensive Test Ban Treaty* von 1996 dar.

Neben Massenvernichtungswaffen stellen auch konventionelle Waffen eine große Bedrohung dar. Man versucht vor allem durch das UN Register für schwere Waffen sowie mit verschiedenen Programmen die sich mit der Verbreitung von Handfeuerwaffen befassen, den durch konventionelle Waffen verursachten Problemen entgegenzutreten. Das UN Register basiert auf der freiwilligen Zusammenarbeit von mehr als hundert Staaten. Die beteiligten Staaten schicken jährlich eine Liste der transferierten schweren Waffen, aufgeteilt in sieben Kategorien, an die Vereinten Nationen. Das UN Register soll vor allem zur Vertrauensbildung zwischen den Staaten und dadurch zur Lösung von Konflikten beitragen.

Ein Problem, das durch das UN Register nicht gelöst werden kann, ist der Verkehr von weltweit rund 500.000.000 Handfeuerwaffen. Diese Waffen sind für die meisten Toten in bewaffneten Konflikten verantwortlich. Die Vereinten Nationen versuchen diesem Problem entgegenzutreten, indem sie Ländern die es wünschen Programme anbieten, die unter anderem die Integration von ehemaligen Soldaten in die Gesellschaft vereinfachen bzw. ermöglichen sowie den Austausch von Waffen gegen Entwicklungshilfe (z.B: Straßenbau) vorantreiben.

Briefing on UNDP

Inken Wiese

Eine ausgesprochen informative Übersicht über die aktuellen Tätigkeitsschwerpunkte des UN Development Programme (UNDP) erhielten wir von **Herrn Thord Palmlund**, einem schwedischen Mitarbeiter dieses UN-Spezialorgans.

UNDP wurde 1965 gegründet und ist seitdem die wichtigste Koordinierungs- und Finanzierungsinstitution des UN-Systems auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Ziel von UNDP ist eine nachhaltige menschliche Entwicklung (*sustainable human development*) auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit. Die Finanzierung erfolgt durch die Mitgliedstaaten der UN überwiegend in Form freiwilliger finanzieller Beiträge, welche jedoch stetig sinken. Herr Palmlund charakterisierte die Arbeit von UNDP als "decentralized but central for technical support", denn der Hauptsitz befindet sich zwar in New York, 85 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind jedoch in einem der 132 Länderbüros oder anderen Projekten vor Ort beschäftigt. Die so begründeten genauen Kenntnisse der Verhältnisse und besonderen Schwierigkeiten des jeweiligen Landes sowie das Prinzip der Nichteinmischung in das jeweilige Wirtschafts- und Sozialsystem haben UNDP zu einem gefragten und respektierten Partner in den Entwicklungsländern werden lassen. Obwohl Bangladesch momentan nicht im Verwaltungsrat von UNDP, welcher 48 Staaten umfaßt und alle drei Jahre gewählt wird, vertreten ist und somit bei NMUN auch nicht durch uns, waren die Informationen doch von direktem Interesse für uns. Denn als einem der ärmsten Länder der Welt erhält Bangladesch massive Zuwendungen von UNDP, im Bereich der technischen wie der politischen Zusammenarbeit.

Herr Palmlund schilderte anschaulich, wie sich der Fokus der Tätigkeit von UNDP über die Jahrzehnte verändert hat. So konzentrierte man sich heute weniger auf den Auf- und Ausbau von staatlichen Institutionen als vielmehr auf deren Reform; dies gelte besonders für die ehemals kommunistischen und sozialistischen Staaten. Wegen seiner Bedeutung für wirtschaftliches Wachstum wird auch der öffentliche Sektor in die Arbeit von UNDP miteinbezogen. Da wirtschaftliches Wachstum jedoch nicht automatisch zu nachhaltiger menschlicher Entwicklung führt, steht im Zentrum des Interesses von UNDP die *good*

governance . Dieses Konzept - für das es nicht nur keine angemessene deutsche, sondern auch keine schwedische Übersetzung gibt, wie wir jetzt wissen - definierten wir gemeinsam als eine partizipatorische, transparente und zurechenbare Staatsführung und Machtausübung. In diesem Sinn bietet UNDP in einigen Staaten spezielle Programme für die Judikative und Legislative an ebenso wie für die unterschiedlichen Akteure der Zivilgesellschaft. Als sogenannte *crosscutting issues* der UN widmet sich UNDP der Einhaltung der Menschenrechte, Förderung von Frauen, Armutsbekämpfung, Umweltschutz u. a. Eine bessere Koordinierung in diesen Bereichen zwischen den zahlreichen internationalen Organisationen besonders im Hinblick auf die gespannte Haushaltsslage von UNDP wurde jedoch von Herrn Palmlund interessanterweise nicht von zentraler Wichtigkeit erachtet.

Briefing on Economic and Social Development

Gisella Mendoza und Thomas Nauer

Im Rahmen unserer Study Tour besuchten wir den **Herrn Edouard Nsimba**, Department of Economic and Social Affairs. Herr Nsimba ist Volkswirt und unter anderem Mitautor des World Economic and Social Survey und beschäftigt sich mit verschiedenen Studien zu den Auswirkungen des Wirtschaftswachstums. Seine Abteilung arbeitet sehr eng mit der Weltbank, dem IMF und verschiedenen Universitäten zusammen.

Unser Briefing behandelte schwerpunktmäßig das Thema Asienkrise sowie ihre Ursachen und Auswirkungen auf die globale Wirtschaft. Während der sechziger Jahre ging man von einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika und Afrika und stagnierender Armut in Asien aus, vor allem im Hinblick auf die reichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen. Heute kann man feststellen, daß sich diese Prognosen nicht bewahrheitet haben und das Gegenteil eingetreten ist: Die asiatischen Länder erfreuten sich hoher Wachstumsraten und hoher Sparquoten.

Ausländische Investoren wurden durch das gut qualifizierte Humankapital angezogen, das qualitativ hochstehende Güter und Dienstleistungen produzierte. Die hohe Wachstumsrate und der Druck zur Liberalisierung ihrer Wirtschaft-

ten brachte mehrere Länder aus der Region, wie z.B. Thailand, dazu, ihre Währung am Dollar festzulegen. Dies führte dazu, daß das Wechselkursrisiko von Null eine große Menge an ausländischen Investitionen anzog. Die stark angestiegene Geldmenge brachte die an kurzfristigen Renditen interessierten Kreditinstitute dazu, Kredite an risikoreiche Projekte zu vergeben. Rücksichtslosen Spekulanten wurde so Tür und Tor geöffnet. Parallel dazu verursachte eine Rezession in Japan den Rückgang der Nachfrage an importierter Ware aus diesen Ländern.

Somit begann eine Aufwertung des US Dollars. Die wirtschaftliche Attraktivität für ausländische Investoren war dadurch für viele dieser Länder gefährdet. Investoren zogen ihr Geld ab, was zur Abwertung führte. Beim Versuch der Thailändischen Regierung ihre Währung mit landeseigenen Reserven zu verteidigen, verlor Thailand 23 Milliarden Dollar innerhalb eines Monats. Herr Nsimba betonte, daß die Asienkrise keine Krise des öffentlichen Sektors war, sondern des privaten Sektors. Durch diese Ereignisse gewann der Gedanke der Überwachung und Steuerung des Kapitalflusses, z.B. in Form einer Tobin-Steuer, wieder an Bedeutung.

Das Briefing behandelte kurz auch die Entwicklung des Außenhandels mit aktuellen Konflikten zwischen Handelsblöcken, wie beispielsweise der Bananenkrieg zwischen den USA und der Europäischen Union.

Briefing on UN Reform

Bertrand Njoume und Bianka Aybar

Mit einer herzlichen Begrüßung wurden wir von **Herrn Lelei Lelaulu**, Office of Human Resource Management und Office of the Assistant Secretary-General, und Mitglied einer Arbeitsgruppe zur praktischen Umsetzung der Reformen, empfangen. Im Folgenden erläuterte uns Herr Lelaulu, mit welchen Mitteln seine Arbeitsgruppe die Reform umsetzen will und worin die einzelnen Ziele liegen.

Als Grund, weshalb diese Arbeitsgruppe entstanden ist, nannte uns Herr Lelaulu, "weil man auf lange Sicht durch uns viel, viel Geld sparen kann." Die Situation in den Vereinten Nationen hätte einfach geändert werden müssen, die

Arbeitsweise sei in einigen Bereichen ineffektiv und zu langsam. "Wir können es uns nicht leisten, zwei oder sogar vier Tage über Zeichensetzung zu debattieren."

Einer der ersten Arbeitsschritte lag dementsprechend darin, bestimmte Arbeitsbereiche zusammenzulegen. Somit konnte sowohl Personal eingespart werden, als auch Zeit, da viele doppelt Arbeit verrichtet hätten, die nicht wirklich in ihr Aufgabengebiet fielen.

So wurden in den letzten Jahren solche Abteilungen und solche Kontrolleinrichtungen zusammengelegt, die sich im Grunde mit den gleichen Problemen beschäftigten. Ebenso wichtig wie die Straffung der Arbeitsorganisation, sei das Zusammenbringen der einzelnen Sonderorgane, physisch und psychisch. Sie sollten zumindest unter einem Dach zusammenarbeiten und nicht mehr wie bisher in unterschiedlichen Gebäuden arbeiten, was den Informationsaustausch enorm vereinfacht.

Des Weiteren hatte die Arbeitsgruppe ein Interesse daran, die Vorstände der einzelnen Sonderorgane, wie von UNICEF, UNDP und UNFPA zusammenzubringen. Zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den einzelnen exekutiven und speziellen Organen sollten sich die Vorstände wenigstens einmal in der Woche treffen, mit dem UN Generalsekretär Kofi Annan als Vorsitzenden.

Dies seien im wesentlichen die Schritte gewesen die schon erreicht wurden. Als nächstes geht es um die Reform in den Sonderorganen. Dies sei ein sehr großes Aufgabengebiet, da es hier noch viele Überschneidungen in den Arbeitsgebieten gäbe.

Die Reform des Sicherheitsrates, so Herr Lelaulu, liegt noch in weiter Ferne, daran sei zur Zeit nicht ernsthaft zu denken.

Zusammenfassend gäbe es vor allem drei einfache Hauptziele, um die Reform umzusetzen:

- Konsolidierung
- Konsultierung
- Kooperation

Denn schließlich ist gelungene Kommunikation in den Vereinten Nationen das Geheimnis des Erfolges. Auch dadurch kann viel Geld gespart werden.

Am Ende ging Herr Lelaulu auf die Folgen der Reform auf die Beschäftigten in den Vereinten Nationen ein. Durch die Reform der Vereinten Nationen werden Stellen abgebaut. Deshalb gab es einen Einstellungsstopp, wodurch bisher über 1000 Arbeitsplätze ohne Kündigungen eingespart werden konnten. Allerdings hat diese Entwicklung natürlich auch Auswirkungen auf die übrigen Mitarbeiter. "Wir alle haben immer noch den gleichen Beruf, jetzt aber arbeiten wir mit 25% weniger Personal. Also müssen wir jetzt mehr Aufgaben übernehmen. Aber das ist eine wunderbare Arbeit und ein großartiger Ort für Arbeit."

Briefing on Human Rights

Christina Ayazi und Louise Nyamu

Die Letzte Station unserer Study Tour bei den Vereinten Nationen (VN) war das "Human Rights Briefing", an dem auch Studierende der Yale Universität teilnahmen. **Frau Elsa Stamatopoulou-Robbin**, Deputy to the Director at the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR), gab uns einen guten Überblick über die Arbeit der VN zur Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte

Aus den Fehlern des Völkerbundes und der Geschichte lernend, war die Wahrung der Menschenrechte eines der Hauptanliegen bei der Gründung der Vereinten Nationen. Seit 1945 entwickelten die VN ein System von Normen und Instrumenten zur Wahrung der Menschenrechte, wobei sie auf drei Ebenen tätig geworden sind:

- Aufstellung von Menschenrechtsstandards,
- Entwicklung von Schutzmechanismen
- aktive Hilfe bei der Förderung der Menschenrechte.

Mit der 50 Jahresfeier der Universalen Menschenrechtserklärung, vom 10 Dezember 1948, erneuerten die VN ihr Bemühen die Menschenrechte zu schützen.

Legislation - Die Aufstellung von Menschenrechtsstandards

Zu diesem Arbeitsbereich gehört der Entwurf von internationalen Abkommen und Deklarationen die die Menschenrechte schützen. Von diesen Übereinkommen gibt es heute mehr als 80. Die bekannteste ist die Menschenrechtserklärung, die von 54 Ländern unterzeichnet wurde. Sie war der erste Schritt in den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft die klassischen Rechte (bürgerliche- und politische Rechte) mit den kulturellen, sozialen und ökonomischen Rechten in einem Text zu verbinden. Trotzdem erzeugte der Kalte Krieg viele Spannungen zwischen diesen beiden Arten von Recht. Die Ostblockländer unterstützten die ökonomischen Rechte, während es den westlichen Ländern wichtig war, die bürgerlichen und politischen Rechte zu verwirklichen.

Auf der Menschenrechtskonferenz in Wien im Juni 1993 gelang es den teilnehmenden Staaten, diese Rechte in der Wiener Konvention zu vereinigen. Hier wurde auch mit der Schaffung des Amtes eines Hochkommissars für Menschenrechte begonnen, die infolge der Konferenz von der Generalversammlung beschlossen wurde. Zur Zeit wird dieses Amt von Frau Mary Robinson erfolgreich ausgeführt.

Während der Konferenz rückten Fragen, die die Stellung der Frau betrafen in den Vordergrund.

Frauen setzen sich für die folgenden Punkte ein, die heute einen höheren Stellenwert in der Arbeit der VN haben:

- die Einbeziehung der Frauenrechte in die Menschenrechtsüberwachungsmechanismen
- der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen
- ein/e Beauftragte/r für Frauenrechte

Im Zuge der Dekolonialisierung traten immer mehr Länder der internationalen Gemeinschaft bei, und so bekam die Deklaration sowohl auf der Ebene des internationalen Rechts, als auch auf nationaler ebene immer mehr Einfluß.

Die Menschenrechtsinstrumente sind in sechs Abkommen zusammengefaßt, die für alle Länder die sie unterzeichnet haben verbindlich sind:

- Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (1965)
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR-1966)
- Kinderrechtskonvention (1989-es brauchte 10 Jahre bis sie verfaßt war)
- Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen oder Strafe (1984)
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966)
- Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1979)

Monitoring - Entwicklung von Schutzmechanismen

Die Kontrolle und Dokumentation der Menschenrechtssituation erfordert viele Ausgaben und wird in drei Bereiche unterteilt:

- Untersuchungsausschüsse, z.B. Expertengruppen die die Umsetzung von Beschlüssen innerhalb der einzelnen Staaten überwachen. Diese fertigen Länderberichte an, die die Verwirklichung von Abkommen anmahnen können.
- die Menschenrechtskommission, die sich aus Repräsentanten der Mitgliedsstaaten zusammensetzt
- Nichtregierungsorganisationen (NRO's), z.B. Human Rights Watch, die in verschiedenen Teilen der Welt Lobbyarbeit für Menschenrechte leisten.

Zu Beginn der 70er Jahre wurden Menschenrechtsverletzungen nur selten öffentlich angeklagt. Erst in den späteren Jahren im Zuge der Menschenrechtsverletzungen in Rhodesien, Namibia und Südafrika bildeten sich Arbeitsgruppen in den einzelnen Ländern, die sich konkret und vor Ort einschalten. So wurde 1973 nach dem Putsch eine solche Arbeitsgruppe in Chile gegründet. Heute gibt es viele solcher Gruppen, so z.B. im Iran, Irak, Myanmar, der Demokratischen Republik Kongo, Burundi, Ruanda und Nigeria.

Promotion - aktive Hilfe bei der Förderung der Menschenrechte

Ein übergeordnetes Ziel der VN ist es, Öffentlichkeitsarbeit für die Einhaltung der Menschenrechte zu organisieren. Dies geschieht auf internationaler und

nationaler Ebene und wird von staatlichen und nicht- staatlichen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen verwirklicht.

Ein weiterer Bereich dieser Öffentlichkeitsarbeit ist die Gründung von Institutionen und nationalen Kommissionen die die Menschenrechte überwachen. "Mainstreaming" von Menschenrechten soll im Bereich der Friedenssicherung, der Entwicklung, der Ökonomie und des sozialen Sektors verwirklicht werden. In diesen Bereichen ist die Einhaltung der Menschenrechte von großer Bedeutung. Die friedenssichernden Operationen in Sierra Leone und Angola sind Beispiele für diese Strategie.

Durch Menschenrechtspreise wollen die VN innerhalb der internationalen Gemeinschaft und hier besonders innerhalb des privaten Sektors und für die Zivilgesellschaft besondere Arbeit auszeichnen.

Abschließen ging unsere Referentin auf Fragen des Publikums ein.

Welche Bedeutung hat die Genderfrage für die Menschenrechtsarbeit der VN ?

Die Internationale Konferenz in Wien kann als Durchbruch für die Thematisierung der Genderfrage gesehen werden. Bis dahin waren Menschenrechts für Frauen ein marginalisiertes Thema. "Gender Mainstreaming", die Implementierung der Genderproblematik in alle Bereiche der Arbeit der VN wird im Moment als eine zentrale Aufgabe verstanden. Mit dem Slogan "Women´s Rights are Human Rights" sollen Menschen für die Bedeutung dieses Bereichs sensibilisiert werden. Gewalt gegen Frauen und Gewalt im öffentlichen und privaten Bereich ist ein Thema, das lange vernachlässigt wurde. In der New Yorker Außenstelle wurde ein "Gender Team" gegründet, daß sich speziell mit der Verbesserung der Stellung von Frauen und Männern auseinandersetzt.

Sind Menschenrechte westliche Rechte ?

Nach dem Kalten Krieg kam es zu einer Nord-Süd Spannung, die sich auch auf den Bereich der Menschenrechte auswirkte.

Die Deklaration über menschliche Verantwortung wurde auf die Initiative einiger asiatischer Länder (z.B. Malaysien und Singapor) hin entwickelt mit dem Ziel

die Deklaration der Menschenrechte zu verändern. Nichtregierungsorganisationen der sogenannten "Dritten Welt" waren der Meinung, daß die Menschenrechtserklärung ihre Rechte widerspiegelt, forderten aber, daß das Recht auf Entwicklung der Erklärung beigefügt werden muß. Weitere Kritikpunkte war die strukturelle Anpassung der Menschenrechte, die nicht-staatliche Akteure miteinschließen.

"Development in the present decade have underscored that human rights are inherent to the promotion of peace, security, economic and social equity....A major task for the future will be to enhance the human rights and integrate it into the broad range of the Organization's activities, including in the development and humanitarian affairs areas..." (Report to the GA "Renewing the UN: A Program for Reform", Secretary-General Kofi Annan)

Briefing über UN Friedensmissionen

Patrick Berg

Friedensmissionen bzw. Blauhelmeinsätze gehören zu den spektakulärsten Aktivitäten der Vereinten Nationen (UN) und stehen deshalb häufig im Kreuzfeuer der internationalen Medien. Probleme oder gar das Scheitern einiger Missionen in der jüngsten Vergangenheit (wie z.B. UNOSOM in Somalia oder UNPROFOR in Bosnien-Herzegowina) haben dazu geführt, daß die öffentliche Meinung voller Kritik und Zweifel an den Fähigkeiten der UN ist, solche schwierigen Aufgaben erfolgreich durchzuführen.

Es gibt jedoch keinen Grund, die Idee der Friedenseinsätze aufgrund dieser Erfahrungen gänzlich abzulehnen. Zuallererst ist die Natur der Konflikte, mit denen UN-Missionen heute konfrontiert sind, deutlich komplizierter als in den Tagen ihres Entstehens - und kein anderer Akteur hat bisher ein besseres Konzept vorstellen können oder auch nur den ernsthaften Willen gezeigt, derartige Konflikte zu lösen.

In der Vergangenheit hatten Friedensmissionen ausschließlich den Auftrag, durch die Kontrolle einer neutralen Zone die Wiederaufnahme von Kämpfen zwischen ehemaligen Kriegsparteien zu verhindern, die sich bereits auf einen Waffenstillstand oder sogar auf ein Friedensabkommen geeinigt hatten. Nachdem Konflikte ihre Ursachen immer häufiger in innerstaatlichen und immer seltener in zwischenstaatlichen Feindseligkeiten haben, ist es jedoch oft nicht möglich, Krisenregionen einfach durch die Trennung umkämpfter Gebiete zu stabilisieren oder gar zu befrieden. Heutige Friedensmissionen umfassen daher ein weit größeres Aufgabengebiet, um den Friedensprozeß zu vereinfachen und zu unterstützen: den Schutz von Bauern vor Angriffen bei der Arbeit auf ihren Feldern, die Räumung wichtiger Straßen und Felder von Landminen, die Vermittlung zwischen verfeindeten Gruppen sowie die Überwachung des Austausches von Kriegsgefangenen oder die Beobachtung demokratischer Wahlen.

Zweitens werden bei der Diskussion der Unzulänglichkeiten der UN-Friedenseinsätze erfolgreich abgeschlossene Missionen häufig vergessen. Als Beispiele für diese weniger spektakulären Missionen wären die Übergangsverwaltung in Kambodscha (UNTAC) oder die UN-Mission in Haiti (UNMIH) zu nen-

nen. Beide haben dazu beigetragen, Vereinbarungen zwischen sich ehemals bekämpfenden Parteien umzusetzen und haben durch die Schaffung einer sicheren Atmosphäre sowie die Übernahme wichtiger öffentlicher Aufgaben das Entstehen neuer demokratischer Regierungen unterstützt. Eine weitere wenig bekannte Mission der Vereinten Nationen ist die Übergangsverwaltung in Ost-Slavonien (UNTAES), die für die friedliche Integration der hart umkämpften Region in die Republik Kroatien verantwortlich war und die neben der Demilitarisierung der Region nach dem Ende der Kämpfe zwischen Serben und Kroaten auch die sichere Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen organisierte.

Schließlich aber sollte bei der Kritik der Leistungen der Vereinten Nationen nie vergessen werden, daß - ungeachtet ineffizienter Strukturen und Verwaltungsprozesse – die Organisation letztendlich von dem allzu oft fehlenden Engagement und politischen Willen ihrer Mitgliedsländer abhängig ist.

BERICHTE AUS DEN KOMITEES

Bangladesch in der Generalversammlung

Vertreten von Gavin Simpson and Jan Philipp Roos

Aufgrund ihrer Universalität (alle 185 Mitgliedsstaaten haben Stimmrecht) gilt die Generalversammlung gerade für Entwicklungsländer und unterentwickelte Regionen als ein wichtiges Forum, um auf Mißstände und Probleme aufmerksam zu machen, und diese kritisch vor der internationalen Gemeinschaft zu diskutieren.

Die Stimme vermeintlich kleiner und unbedeutender Länder wird durch die Bildung von "voting blocs" aufgewertet. Dies trifft vor allem im Falle von Entwicklungsländern zu, da durch die Zusammenarbeit in der "Gruppe der 77" (133 sich entwickelnden Nationen) gemeinsame Positionen und Strategien koordiniert und formuliert werden können und so eine formale Mehrheit in Abstimmungsprozessen gewonnen werden kann.

In diesem Kontext ist auch die Rolle Bangladeschs in der Generalversammlung von enormer Bedeutung, da es eine Führungsrolle in der G-77 einnimmt und

außerdem als anerkannter und geschätzter Koordinator und Sprecher der "Gruppe der 48" (umfaßt die ärmste Länder der Welt) gilt. Damit nimmt Bangladesch eine tragende Funktion in der Herstellung der Kommunikation zwischen verschiedenen regionalen Konstellationen und zwischen Nationen ein. So war es von Anfang an unser Ziel enge Kontakte zu den sogenannten "Geberländern" (u.a. den USA, Deutschland und Japan) herzustellen und sich dieser für "development aid" und "technical assistance" ausgiebig erkenntlich zu zeigen, insbesondere aber auch für Bangladesch strategisch wichtige regionale Partnerschaften (z.B. mit den SAARC-Ländern : Nepal, Bhutan, Sri Lanka, Indien Pakistan, Maldiven) auf- und vor allem auszubauen.

Um als Diplomat erfolgreich zu sein, reicht es nicht aus viele andere Landesvertreter zu kennen, sondern man muß selbst als bereitwilliger und gut informierter Verhandlungspartner auftreten und zur Verfügung stehen.

Trotz – oder gerade aufgrund – unserer zurückhaltenden diplomatischen Bangladeschi Mentalität gelang es uns, die so essentiell wichtigen Kontakte zu einer Vielzahl anderer Nationen aufzunehmen und so die Basis für eine erfolgreiche Diplomatie Bangladeschs zu schaffen.

Dank einer intensiven Vorbereitung, die vor allem durch die hervorragende Koordination und Organisation der Berliner NMUN-Projektgruppe, sowie das große Engagement der Teilnehmer schon in Berlin zustande kam, wurden nötige Fachkenntnisse erarbeitet, um die Themen der diesjährigen Agenda auf ein hohem wissenschaftlichen Niveau zu diskutieren. Die Agenda wurde wie folgt von der General Versammlung beschlossen :-

1. Conflict Resolution and the Promotion of Durable Peace in Central Africa;
2. Assessing the Use of Economic Sanctions as a Means of Political Coercion;
3. Reform and Revitalization of the United Nations.

Schon bei Beginn der Konferenz wurde uns deutlich, daß die sechs-monatige Vorbereitungszeit im Rahmen der Projektgruppe uns auf sehr verschiedene Ebenen der Diplomatie vorbereitet hatte.

Neben der Vermittlung und Analyse von Wissen, galt es dieses in der Perspektive eines der ärmsten Länder der Welt zu reflektieren. Vor allem durch die effektive Auseinandersetzung mit den außenpolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen und der Kultur unseres Landes, sowie die Konsultation mit echten Ver-

tretern Bangladeschs und UN-Diplomaten konnte unsere theoretische Erkenntnisse zu einer kompetenten Argumentation und Position im Rahmen der Simulation ausgebaut werden.

Die Debatte der Konfliktlösung in Zentralafrika wurde zunächst von afrikanischen Nationen dominiert, doch durch intensive Gespräche wurde schon bald klar, daß nur überregionale Kooperation zu Konstruktivität und Kreativität beitragen würde. Bangladesch gelang es diplomatische Nähe zu unseren islamischen Brüdern der OIC, sowie unseren regionalen Partnern zu wahren, aber auch eine Mediationsrolle zwischen verschiedenen Interessensgruppen einzunehmen und somit wertvolle Vorschläge in den Resolutionen zu verankern. Das Konzept von "co-deployment" (Kooperation von UN und OAU Friedenstruppen), ursprünglich vorgestellt von Kofi Annan in seinem Bericht "Report on Conflict Resolution and the Promotion of Durable Peace in Central Africa" von 1998 konnte zum Beispiel vertieft diskutiert werden. Weiterhin setzten wir uns für die kritische Betrachtung von den Problemfeldern des Massenmordes und ethnischer Flüchtlinge mit Nachdruck ein.

Während der gesamten Tagung war aber eines unserer wichtigsten Bemühen immer wieder die Wichtigkeit durch Zusammenarbeit von Entwicklungsländern eine gemeinsame Position zu entwerfen und hervorzuheben.

So kristallisierte sich schon nach dem ersten Tag eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der SAARC, wichtigen Weltmächten wie China und Südafrika, sowie Guyana, derzeitiger Vorsitzender der G-77, heraus, die sich für eine gemeinsame Stellungnahme der sich entwickelnden Nationen zu dem Thema der Wirtschaftssanktionen einsetzte. Ein Positionspapier konnte unter Leitung von Bangladesch erarbeitet werden und nach strategischen Verhandlungen auf höchster Ebene vor der gesamten General Versammlung in einer einmaligen 10-minütigen Rede verlesen werden. Diese Initiative muß als großer Erfolg erwähnt werden, denn die Zusammenarbeit "benachteiligter" Nationen sich dank dem Engagement Bangladeschs durchgesetzt hatte.

Am letzten Abend, nach mehreren Tagen anstrengender Verhandlungen, stellen wir in unserer persönlichen Abschlußbesprechung fest, daß diese unbeschreibliche Erfahrungen lange in unseren Erinnerungen bleiben werden und von enormer Wichtigkeit für unser Verständnis der internationalen Staatengemeinschaft sind. Selbst wir wissen noch nicht genau, wie weit sich diese Geschehnisse auf unsere Leben auswirken werden, aber für unser wissenschaftliches Studium gelten sie als einmalige Einblicke in die Arbeit und Struktur der Vereinten Nationen.

Bangladesch im Ersten Ausschuß der Generalversammlung

Vertreten durch Susanne Scheller und Nikolaos Patsiouras

Der erste Ausschuß der Generalversammlung beschäftigt sich mit politischen Fragen einschließlich der Rüstungsregulierung.

Die Themen die dieses Jahr zur Debatte standen waren Folgende:

1. Die Verhinderung der Proliferation von Atomwaffen und damit verbundener Technologien
2. Rüstungstransparenz
3. Die Implementierung der Konvention über das Verbot von Chemischen Waffen

Als erstes wurde die Reihenfolge der zu besprechenden Themen festgelegt. Nach mehreren Stunden intensiver Debatte, an der auch unsere Delegation sich lebhaft beteiligte, legte man sich darauf fest, daß zuerst Atomwaffen sodann die Implementierung der Konvention über Chemische Waffen und zuletzt die Rüstungstransparenz besprochen werden sollten. Diese Reihenfolge entsprach unseren Wünschen, zumal Atomwaffen dank unserer Nachbarschaft zu Indien und Pakistan für unsere Nation ein besonderes Problem darstellen.

Von Anfang an versuchten wir, eine aktive Rolle in den Verhandlungen zu übernehmen. Dabei konzentrierten wir uns vor allem auf Gespräche mit den anderen Nationen hinter den Kulissen, zumal sich der Ausschuß in Debatten um die Dauer der Reden und anderen Themen bezüglich der Prozedur verzettelte.

Eine besondere Rolle spielte dabei unsere Zusammenarbeit mit den asiatischen Staaten, vor allem denen der ASEAN, und den islamischen Staaten.

Einige der Länder zu denen wir besonders gute Beziehungen entwickelten waren: Saudi Arabien, die Philippinen, Singapur, Vietnam. Zu betonen ist auch die Unterstützung, die unsere Resolution durch Pakistan hatte.

Abgesehen von den Stimmen die wir von Ländern der Dritten Welt erhielten, gelang es uns außerdem, trotz des Widerstandes Deutschlands, den europäischen Block zu spalten und uns die Unterstützung einiger westeuropäischer Staaten wie z.B. Spanien zu sichern.

Das Ergebnis unserer Bemühungen war, daß eine Resolution in der wir wesentliche Punkte aus unserem Positionspapier eingearbeitet hatten, vom Ausschuß mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Punkte, die wir aus unserem Positionspapier in unsere Resolution einarbeiteten waren:

1. das Ziel das wir unterstützen ist die Vernichtung aller Atomwaffen weltweit
2. die Betonung der Verbindung zwischen Entwicklungshilfe und Abrüstung
3. die Notwendigkeit ein Programm voranzutreiben, welches die stufenweise Abschaffung aller Atomwaffen innerhalb eines gesetzten Zeitrahmens zum Ziel hat.
4. die Verwendung existierender regionaler Zentren der UN um Abrüstungsvorgänge zu überwachen.
5. Die Schaffung weiterer atomwaffenfreier Zonen

Weiterhin beteiligten wir uns als Sponsoren auch an anderen Resolutionen.

Beeinflußt wurde unsere Position maßgebend von unserem Versuch, ein Gleichgewicht unserer Beziehung zu Indien und Pakistan zu halten.

Die Einhaltung und Ratifizierung der Comprehensive Test Ban Treaty, die Erweiterung existierender und Schaffung neuer atomwaffenfreier Zonen, die stufenweise Eliminierung aller Atomwaffen waren Punkte, die sich auch in anderen Resolutionen außer unserer fanden. Der Grund, warum trotz Einigkeit in vielen Punkten, über zwölf Resolutionen verabschiedet wurden, lag darin, daß die verschiedenen Blöcke sehr unterschiedliche Vorstellungen bezüglich einiger heikler Themen, wie z.B.: die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten hatten und kaum zu Kompromissen bereit waren.

Nicht alle Delegationen konnten wir als Verbündete gewinnen. Unabhängig davon waren unsere Verhandlungen mit den meisten Ländern sehr interessant, zumal diejenigen, die sich aktiv an den Verhandlungen beteiligten, auch hervorragend vorbereitet waren. Einige Delegationen allerdings glänzten durch Abwesenheit oder waren aufgrund fehlender eigener Expertise leicht zu beeinflussen.

Da die Diskussion des ersten Themas die meiste Zeit beanspruchte, kam unser Ausschuß nicht mehr dazu, die anderen Themen zu besprechen.

Bangladesch im Sechsten Ausschuß der Generalversammlung

vertreten durch Nikola Gillhoff und Inken Wiese

Der Sechste Ständige Ausschuß der Generalversammlung ist der Rechtsausschuß, der sich mit juristischen Fragen, die die internationale Gemeinschaft betreffen, befaßt. Durch den Entwurf von Resolutions- und Vertragstexten, die schließlich zur Verabschiedung an die Generalversammlung weitergeleitet werden, wirkt der Sechste Ausschuß entscheidend an der Kodifikation und Weiterentwicklung des Völkerrechts mit. Da alle Mitgliedsstaaten der UN im Sechsten Ausschuß vertreten sind, saßen auch bei NMUN über 200 Delegierte in diesem Komitee.

1999 standen folgende Themen auf der Tagesordnung des Sechsten Ausschusses:

1. Economic Sanctions and Human Rights
2. Electoral Assistance
3. The Impact of Customary Law on State Sovereignty

In dieser Reihenfolge wurden sie schließlich auch beim Agenda-Setting angenommen, was den Interessen Bangladeschs im großen und ganzen entsprach, wie uns beim hervorragenden Briefing in der Ständigen Vertretung Bangladeschs bestätigt wurde. Das Thema "Economic Sanctions and Human Rights" ist für Bangladesch von doppelter Relevanz, da das ohnehin wirtschaftlich schwache Bangladesch aufgrund seiner Handelsbeziehungen zu Staaten, die

von Wirtschaftssanktionen direkt betroffen sind, als verletzter Drittstaat mittelbar schwer in Mitleidenschaft gezogen wird, wie 1992 durch die vom UN-Sicherheitsrat gegen den Irak verhängten Sanktionen im Anschluß an den Zweiten Golfkrieg. Zudem versucht Bangladesch in der Diskussion über die Verletzung von Menschenrechten im Zusammenhang mit Wirtschaftssanktionen, die Gleichberechtigung der Menschenrechte der zweiten und dritten Generation zu betonen. Als eines der ärmsten Entwicklungsländer spielt dabei insbesondere das Recht auf Entwicklung eine große Rolle, das nicht beeinträchtigt werden sollte.

Mit Beginn der inhaltlichen Diskussion am zweiten Tag war Bangladesch als eines der ersten Länder auf der "speaker's list", so daß wir die Gelegenheit nutzten, auf die Rolle Bangladeschs als Sprecher der "least developed countries"(LDCs) hinzuweisen. Da diese Eigenschaft nicht allen LDCs bekannt war, schrieben wir zusätzlich alle im Komitee vertretenen LDCs an, um auf eine mögliche Koalition und unsere Position hinzuweisen. Als minimale Zielvorgabe unserer Position gaben wir vor, das Recht auf Entwicklung wie in der Vienna Declaration und Program of Action von 1993 festgeschrieben ist, in allen Resolutionen durchzusetzen.

Bereits ab dem ersten informellen Gespräch waren einige kleinere Koalitionen ersichtlich, die Europäische Union, die Organisation Afrikanischer Staaten und die Arabische Liga, die schnell erste Resolutionsentwürfe in Umlauf brachten. In Absprache mit anderen LDCs setzte sich Bangladesch dafür ein, das Recht auf Entwicklung in den kursierenden Entwürfen einzubringen. Etwas schwierig gestaltete sich die Koordination teilweise, da für einige LDCs - möglicherweise durch mangelnde Vorbereitung - dieser Schwerpunkt in der Argumentation nicht überzeugend war.

Aufgrund unserer Rolle als Sprecher der LDCs war Bangladesch auch außerhalb der LDCs ein begehrter Gesprächspartner für Ko-autoren anderer Resolutionsentwürfe. Neben unseren eigenen Interessen galt es dabei auch, die Positionen der EU und der USA im Blick zu behalten, die Bangladesch aufgrund seiner Abhängigkeit von dortiger Entwicklungshilfe nicht verprellen durfte.

Um unserer Position Nachdruck zu verleihen, nutzten wir unsere zweite Redezeit, die auf 1 Minute 15 Sekunden beschränkt war, für einen Appell an die LDCs:

"Honorable chair, fellow delegates,

the People's Republic of Bangladesh as one of the least developed countries of the world is deeply concerned about human rights violations as a result of economic sanctions.

Deprived of the rights to food and shelter, people are also deprived of their human dignity. This is a clear violation of the right to development. Development also includes strengthening the civil society. Experiences from the past have shown that a strong civil society is capable of sustainable change in governance. Therefore we need to ensure the people's right to development. Bangladesh recognizes the efforts of the international community to relieve the suffering of civilians by offering humanitarian assistance. We therefore appreciate draft resolution UN GA/ 6/ 6-1-2 which goes into much detail regarding humanitarian assistance.

But - humanitarian assistance does not replace the fundamental human right to development, reaffirmed in the Vienna Declaration and Program of Action in 1993. Humanitarian assistance may only serve as an additional tool.

We - the least developed and developing countries - forming a majority of the members of the United Nations - must stress that the people's right to development must not be violated in case of economic sanctions!

Delegates, whichever resolution you support, insist that the right to development is assured!

Thank you!"

In immerhin zwei der insgesamt sieben Resolutionen, die schließlich zur Abstimmung standen, wurde die von uns gewünschten Passagen wortwörtlich übernommen. Die teilweise inhaltlich sehr ähnlichen Resolutionen zu einer einzigen konsensfähigen Resolution zu verbinden, mißlang nicht nur aus Zeitgründen, sondern auch aufgrund des Beharrens einiger Teilnehmer auf ihren jeweiligen Formulierungen. Durch zwei namentliche Abstimmungen (roll call vote)s,

etliche "unfriendly amendments" und Anträge auf Untergliederungen der einzelnen Passagen der Resolutionsentwürfe, nahm die Abstimmung schließlich soviel Zeit in Anspruch, daß in der verbleibenden Stunde kein neues Thema mehr begonnen wurde. Dies lag u.a. daran, daß während der gesamten Tagung ein beachtlicher Teil der Zeit auf prozedurale Vorgänge, wie unzählige Abstimmungen über die Änderung der Redezeit, verwendet worden war.

In diesen wie auch den inhaltlichen Beiträgen drückte sich andererseits auch das rege Engagement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus. Dennoch blieb gerade das Niveau der inhaltlichen Diskussion hinter unseren Erwartungen zurück, was u.a. darauf zurückzuführen ist, daß amerikanische College-Studenten in der Regel keine völkerrechtlichen Vorkenntnisse mitbringen müssen.

Bangladesch im Komitee für Friedenserhaltende Einsätze

Vertreten von Patrick Berg und Philipp Dermann

Das Komitee für Friedenserhaltende Einsätze (Special Committee on Peacekeeping Operations) wurde 1965 von der Generalversammlung beauftragt, eine umfassende Prüfung aller Themen mit Bezug zu Friedensmissionen durchzuführen und erstellt seitdem einen jährlichen Bericht. Alle UN-Mitgliedsstaaten, die zu Friedensmissionen beitragen oder beigetragen haben, sind in diesem Komitee vertreten. Mitgliedstaaten, die bereit sind, zukünftige Einsätze zu unterstützen, können nach einer Zeit als Beobachter volle Mitglieder werden. Um das breite Aufgabenspektrum, das u.a. die Strukturen der Organisation, Planung und Finanzierung von Friedensmissionen umfaßt, bewältigen zu können, beginnt das Komitee seine Sitzungen mit Stellungnahmen aller Mitglieder und wählt dann eine Arbeitsgruppe, die den eigentlichen Bericht schreibt. Dieser Bericht wird anschließend nochmals von allen Mitgliedern des Komitees diskutiert, bevor er veröffentlicht wird.

Die folgenden Punkte standen auf der Tagesordnung bei der NMUN-Konferenz 1999:

1. Die Verbesserung der Effizienz von UN-Friedenseinsätzen

2. Die Rolle von Friedenseinsätzen beim Übergang vom Konflikt zum Frieden
3. Bericht über die UN-Mission in Bosnien-Herzegowina (UNMIBH)

Verbesserung der Effizienz

Für ein so armes Land wie Bangladesch ist die Teilnahme an Friedensmissionen eine der wenigen Möglichkeiten, seine Verbundenheit mit den Ideen der Vereinten Nationen zu demonstrieren. Folglich hat Bangladesch seit seiner Unabhängigkeit 1972 mit Truppen und Material zu UN-Friedenseinsätzen beigetragen und stellt heute das zweitgrößte Kontingent. Dieser Einsatz hat das Land zu einem wichtigen und international respektierten Akteure im Bereich der Friedenseinsätze werden lassen. Seit die sich ändernde Rolle von Friedensmissionen Rufe nach einem schnelleren Einsatz von Truppen, höheren Trainingsstandards und kompatibler Ausrüstung hat lauter werden lassen, befindet sich Bangladesch in einer Zwickmühle. Einerseits steht die Verbesserung der Möglichkeiten von Friedenseinsätzen im ehrlichen Interesse des Landes, andererseits kann es sich weder den Unterhalt teurer Schnell-Reaktionskräfte noch eine modernere Ausrüstung leisten, wodurch Bangladesch der Verlust seiner renommierten Position im Bereich der UN-Friedenseinsätze droht und damit einer seiner wichtigsten Karten im Spiel um internationales Ansehen.

Unsere Strategie war es, gemeinsam mit Ländern in ähnlichen Situationen Versuche der entwickelten Nationen zu vereiteln, neue Standards zu setzen, die nur sie erfüllen könnten. In enger Zusammenarbeit mit einer Anzahl vorwiegend asiatischer Entwicklungsländer entstand ein Arbeitspapier, das wir mit anderen Repräsentanten diskutierten, um ihre Ideen integrieren zu können. Bei der Vorstellung des so entstandenen Resolutionsvorschlags, riefen wir alle interessierten Gruppen auf, ihre Anmerkungen mit uns zu diskutieren, um möglichst viele Vorschläge in das Dokument einarbeiten zu können. Intensive Verhandlungen zwischen mehreren, meist nach Regionen organisierten Gruppen von Entwicklungsländern führten schließlich zur Rücknahme von vier bereits eingereichten Resolutionsvorschlägen im Austausch für einen neuen, der auf unserem ursprünglichen Arbeitspapier basierte. Der neue Vorschlag hatte nun eine große Zahl von Befürwortern, was viele weitere Ländern animierte, sich dem Papier nach kleineren Änderungen ebenfalls anzuschließen, da offensichtlich war, daß die Resolution mit oder ohne ihren Beitrag verabschiedet werden würde.

Das endgültige Dokument bestätigte die Vereinten Nationen als den primären Akteur bei der Aufrechterhaltung internationaler Sicherheit sowie die Wichtigkeit einer gerechten regionalen Zusammensetzung von Blauhelmtrouppen und sicherte damit die zukünftige Beteiligung der Entwicklungsländer. Zur Verbesserung der Ausbildungsstandards wurde die UN aufgefordert, universelle Richtlinien für militärisches und ziviles Personal bei UN-Friedenseinsätzen zu entwickeln und den Aufbau regionaler Ausbildungsprogramme nach diesen Richtlinien zu unterstützen.

Die Resolution schlägt außerdem die Ausweitung des UN-eigenen Logistik-Zentrums vor, um neue Missionen mit dem nötigen Material ausstatten zu können, falls beteiligte Nationen keine kompatible Ausrüstung zur Verfügung stellen können.

Die Rolle von Friedenseinsätzen

Die Arbeit an unserem zweiten Thema erwies sich als erheblich einfacher. Erstens waren die Meinungen zu diesem Thema nicht so unterschiedlich wie bei der Frage nach dem besten Weg, die Effizienz von Friedenseinsätzen zu steigern. Zweitens vereinfachten die guten Arbeitsbeziehungen zwischen den verschiedenen regionalen Gruppen, die sich bereits entwickelt hatten, die Diskussionen erheblich: Wir konnten nicht nur auf erprobte Kommunikationswege zurückgreifen, sondern auch auf das Vertrauen aufbauen, das im Zuge unserer Zusammenarbeit entstanden war. Anstatt mehrere bereits verfaßte Arbeitspapiere zu integrieren, regte Bangladesch eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aller regionalen Gruppen an, die schon beim ersten Thema eng kooperiert hatten, um von Anfang an einen gemeinsamen Entwurf zu entwickeln. Nach einer kurzen Rücksprache mit den jeweiligen Gruppen, einigten sich die Delegierten schnell auf ein erstes Vorschlagspapier, das dann zur Feinabstimmung wiederum in kleinerem Kreis besprochen wurde. Der Entwurf wurde auch mit Ländern diskutiert, die nicht in der Arbeitsgruppe repräsentiert waren. Der Erfolg dieser Strategie zeigte sich schließlich darin, daß nur zwei Resolutionen zur Abstimmung eingereicht wurden, die beide mit einer ansehnlichen Mehrheit angenommen wurden. Die Resolutionen betonten das Interesse des Komitees an einem umfassenden Ansatz für Friedensmissionen und unterstrichen die Verantwortung der Vereinten Nationen zum Wiederaufbau einer stabilen politi-

schen und ökonomischen Lage beizutragen, nachdem der gewaltsame Konflikt beendet wurde.

Leider reichte die Zeit nicht mehr aus, um das dritte Thema zu behandeln. Die kurze Woche der Konferenz hat uns jedoch viel Zeit gegeben, die Höhen und Tiefen des diplomatischen Lebens kennenzulernen. Von diesen Erfahrungen werden wir noch lange profitieren können – selbst wenn wir nicht wieder in die Rolle von Diplomaten schlüpfen sollten.

Bangladesch im Wirtschafts - und Sozialrat (ECOSOC)

Vertreten durch Gisella Mendoza und Thomas Nauer

Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) beschäftigt sich sowohl mit wirtschaftlichen Fragen zum Thema Handel, Verkehr, Industrialisierung und wirtschaftliche Entwicklung, als auch mit sozialen Themen wie Bevölkerung, Kinder, Menschenrechte, Diskriminierung, Jugend und Umwelt. Der Rat hat 54 Mitglieder, die von der UN-Vollversammlung für 3 Jahre gewählt werden. Der Rat tagt einmal im Jahr. Um seine Aufgaben gut erfüllen zu können, verfügt der Rat über verschiedene Kommissionen. Einige dieser Kommissionen sind beratende functional commissions (wie die Menschenrechtskommission, Kommission für soziale Entwicklung) und andere sind regional commissions (wie die Economic and Social Commission for Asia and the Pacific).

Auf der NMUN-Konferenz 1999 hat der Wirtschafts- und Sozialrat über folgende Punkte beraten:

1. Die globalen Auswirkungen von Handelsliberalisierung und Marktzugang in Beziehung zur Entwicklung: Auswirkungen, Möglichkeiten und Herausforderungen.
2. Humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen bei Naturkatastrophen.

Bangladesch gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Nicht nur Naturkatastrophen überschatten die eifrigen Versuche wirtschaftliche Bewegung ins Land zu ziehen, sondern auch eine ganze Reihe von kulturellen und geschichtlichen Auseinandersetzungen. Nichtsdestotrotz versucht das Land, sich den

Herausforderungen der globalen Trends zu stellen. Der Protektionismus der 60er und 70er Jahre brachte für die sog. Entwicklungsländer keinen Ausweg aus der Unterentwicklung.

Bangladesch bemüht sich in jüngerer Zeit um eine Öffnung seiner Wirtschaftsmärkte. Aus diesen Gründen war es für Bangladesch sehr wichtig, das komplexe Thema "Handelsliberalisierung" im ECOSOC zu behandeln. Unsere Arbeit konzentrierte sich auf die Konsensbildung und Kooperation mit den BIMST-EC - (Bangladesh, India, Myanmar, Sri Lanka, Thailand Economic Cooperation) Handelspartnern Indien und Sri Lanka. Weitere wichtige Verbündete waren Libanon und Pakistan. In Teilaspekten erfreuten wir uns auch guter Zusammenarbeit mit Japan und den skandinavischen Staaten. Gemeinsam versuchten wir, Privilegien für einen schrittweisen Abbau unserer Zollschranken zum Schutz sehr empfindlicher einheimischer Sektoren zu verteidigen. In unseren Ansprachen betonten wir die Wichtigkeit der Weiterführung von Entwicklungs- und Investitionsvorhaben als ein Instrument zur Stärkung der internen Strukturen und daraus hervorgehenden Marktöffnungsprozessen. Der nachhaltige Einsatz von ausländischen Direktinvestitionen ist für Bangladesch von vitaler Bedeutung. Bangladesch war Ko-Sponsor der ECOSOC Resolution 1/2/, die nach umfangreichen lobbying-Aktivitäten, mit mehr als zwei Dritteln die Zustimmung der Ratsmehrheit fand.

Humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen bei Naturkatastrophen.

Bangladesch wird regelmäßig von Fluten heimgesucht. Auch 1998 wurde Bangladesch überflutet. Das ganze Land stand für mehrere Wochen unter Wasser und ist in besonderem Maße auf die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft angewiesen. Bangladesch gelang es neben den regionalen Partnern und potentiellen Betroffenen zahlreiche weitere Staaten von seinen Anliegen zu überzeugen. Eine vom ECOSOC Plenum verabschiedete Resolution machte auf die lebensbedrohlichen Auswirkungen von Naturkatastrophen aufmerksam und forderte unter anderen eine engere Zusammenarbeit von Industriestaaten und Entwicklungsländern durch Transfer von entsprechender Technologie und Know-how, verbesserter Kommunikationsinfrastruktur und im Rahmen der Arbeit der World Meteorological Organisation (WMO). Wir verpflichteten uns im Gegenzug zum sinnvollen und transparenten Einsatz der

Geldmittel. Als Zeichen des guten Willens erhielt Bangladesch von Japan einen Official Development Assistance Bonus in der Höhe von 1.000.000 US Dollar in Form eines Checks und die Zusicherung von weiterer Unterstützung durch die Republik Island.

Aus Gründen der Zeitknappheit und weitreichender Übereinstimmung in Grundsatzfragen arbeitete der Wirtschafts- und Sozialrat an einer Resolution (ECOSOC 2/1), wobei verschiedene Staatengruppen Amendments einbrachten. Die von Bangladesch mit eingebrachten Amendments fanden mit einer Ausnahme die Zustimmung der Ratsmehrheit. Außerhalb der offiziellen Konferenz kam es während Mahlzeiten und Pausen in diesem Zusammenhang zu zahlreichen interessanten Gesprächen und lehrreichen Debatten zum Thema Entwicklungshilfe und Umgang mit Naturkatastrophen.

Während der Konferenz erlebten wir sehr anschaulich das komplexe Zusammenspiel von nationalen Interessen, persönlichen Affinitäten, Verhandlungsgeschick und Kompetenzen der Ländervertreter und schließlich Interesse an konstruktiven Problemlösungen. Letzteres trat schnell in den Hintergrund und räumte nationalen Interessen Priorität ein, um stets Prestige und Einfluß zu wahren. Diese Erfahrung dürfte stark der diplomatischen Realität entsprechen und erleichtert es zu verstehen, warum zahlreiche Problemstellungen von der internationalen Staatengemeinschaft schlecht oder gar nicht gelöst werden.

Bangladesch im Special Committee on the Review of the International Conference on Population and Development (ICPD+5)

vertreten von Bianka Aybar und Christina Ayazi

Die Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung Plus 5

In den letzten 50 Jahren hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt. Besonders betroffen sind "Entwicklungsländer", in denen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Systeme ohnehin schon stark überlastet sind. Der Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen (VN) wurde eingerichtet, um bevölkerungsrelevante Projekte zu unterstützen und zu koordinieren. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Organisation der Weltbevölkerungskonferenz, die alle 10

Jahre stattfindet. Die ersten beiden Konferenzen fanden in Bukarest (1974) und Mexico City (1984) statt. Auf diese folgte die dritte "Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung" (ICPD) in Kairo im Jahre 1994. Hier gelang es den 179 teilnehmenden Staaten, trotz erheblicher Wertekonflikte, einstimmig ein Aktionsprogramm zu verabschieden. Angelegt auf 20 Jahre soll der Aktionsplan helfen, Probleme, die sich um Bevölkerung und Entwicklung, reproduktive Gesundheit und Stärkung der Frauen, sowie Erziehung und Wohlstand drehen, zu lösen. In einem fünfjährigen Turnus treffen sich die Signatarstaaten und verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NRO), um die Verwirklichung des Aktionsplans zu beurteilen. Laufende Programme werden evaluiert und neue Strategien entwickelt, um die Ziele in Zukunft besser umzusetzen. Als Ergebnis dieser Treffen stellt die Kommission einen Bericht zusammen, der der Generalversammlung vorgelegt wird. Er dient als Vorlage zur weiteren Verwirklichung des Aktionsplans.

Die Abstimmung über die Agenda fiel zu unseren Gunsten aus, so daß folgende Themen auf der Tagesordnung standen:

1. Urbanisierung und Armut
2. Reproduktive Gesundheit und Frauenrechte
3. Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung

Urbanisierung und Armut

Bangladesch als eines der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries) ist besonders von den Auswirkungen der Armut betroffen. Unser Ziel war es, Strategien zur Armutsbekämpfung zu erarbeiten, und erfolgreiche Programme weiter zu fördern. Die internationale Aufmerksamkeit sollte auf die Probleme der "Entwicklungsländer" gelenkt werden. Wir wollten deutlich machen, daß Programme nur umgesetzt werden können, wenn ihre finanzielle Ausstattung gesichert ist.

Zusammen mit anderen Länder Süd Asiens bildete Bangladesch eine Gruppe, die die speziellen Armutsprobleme thematisierte und andere Staaten und NROs zu internationaler Zusammenarbeit aufforderte. Es war uns wichtig, die Verantwortung der Industriestaaten gegenüber den "Entwicklungsländern" zu verdeutlichen. Es waren die westlichen Geberländer angesprochen, deren fi-

nanzielle Unterstützung von zentraler Bedeutung ist. In der Notwendigkeit von öffentlicher Hilfe seitens der westlichen Nationen war sich die versammelte Weltgemeinschaft einig, und so läßt sich in allen verabschiedeten Resolutionen der Wille zur Einhaltung der angestrebten 0.7% BSP für öffentliche Hilfsleistungen (1996 waren es durchschnittlich 0.25% bei den westlichen Geberländern) finden.

Aufgrund Bangladeschs guter Erfahrungen mit NROs, war es Teil unserer Bemühungen, die Rolle dieser bei der Umsetzung des Aktionsplans in den Resolutionen zu unterstreichen. So findet sich dann auch Bangladeschs Grameen Bank als positives Projektbeispiel in einer der Resolutionen wieder.

Nach langen und besonders durch die hohe Teilnehmerzahl sehr schwerfälligen Verhandlungen waren 6 Resolutionen erarbeitet, über die dann abgestimmt wurde. Diese wurden in einem Bericht zusammengefaßt, der der Generalversammlung überreicht wurde. Aus Zeitmangel war es der Kommission nicht mehr möglich, den zweiten Tagesordnungspunkt ernsthaft zu diskutieren.

Trotz zähen Abstimmungen in einem riesigen Komitee hatten wir das Gefühl, etwas erreicht zu haben. Das schöne an unserem Thema war, daß sich letztendlich doch alle Länder einig waren, die sozialen Probleme dieser Welt gemeinsam zu lösen, und Ressourcen gerechter zu verteilen. Bleibt nur zu hoffen, daß wir alle diesen Idealismus auch nach NMUN behalten und ihn mit uns in die Wirklichkeit tragen.

Bangladesch in der Menschenrechtskommission (CHR)

vertreten von Louise Nyamu und Ernst Buchrucker

Die Menschenrechtskommission (CHR) wurde 1946 durch die Resolution 5 (I) des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) ins Leben gerufen. Sie legt als dessen Nebenorgan mit Hauptsitz in Genf diesem gegenüber Bericht ab. Ihre mittlerweile 53 Mitgliedsstaaten werden für 3 Jahre gewählt.

Die für das diesjährige NMUN vorgegebenen Themen waren:

1. Die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf die Menschenrechte von Kindern;

2. Die Menschenrechte aller Personen die jeglicher Art von Haft oder Gefängnis ausgesetzt sind;
3. Die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte unter Beachtung der Reformen der Vereinten Nationen.

Von Beginn an waren sich fast alle Länder einig, das Thema der Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten als erstes zu behandeln, da es von allen als außerordentlich wichtig betrachtet wurde. Über die weitere Reihenfolge spaltete sich die Kommission in zwei Lager auf. Die Volksrepublik Bangladesch hätte gerne, genau wie seine Nachbarstaaten und die USA, anschließend die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen erörtert, aber die große Mehrheit der Mitgliedsländer konnte sich schnell durchsetzen und ließ erst gar keine Diskussion aufkommen. Schließlich wurden die Themen wie folgt diskutiert:

Die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf die Menschenrechte von Kindern

Auch wenn von Anfang an jeder Mitgliedstaat seine Bereitschaft bekundete und Vorschläge einbrachte, um die Rechte der betroffenen Kinder und somit ihre schlimme Lage zu verbessern, so dauerte es doch eine Weile, bis die ersten Differenzen aufkamen. Diese zeigten sich um so deutlicher in den verschiedenen Arbeitspapieren und Resolutionsentwürfen, wie zum Beispiel bei der Frage des Mindestalters für Soldaten.

So war die Frage, ob das durch die Wiener Erklärung auf 15 Jahre festgesetzte Mindestalter angehoben werden soll, und wenn ja, auf wieviel Jahre, sehr umstritten. Wir waren einer der vehementen Verfechter einer Anhebung auf 18 Jahre, nicht zuletzt, da in Bangladesch das Mindestalter für den Eintritt in die Armee sogar bei 21 Jahren liegt. Dies stieß erwartungsgemäß auf großen Widerstand bei anderen Mitgliedsstaaten, die teilweise eine Anhebung des Mindestalters für Soldaten auf höher als 16 Jahre für inakzeptabel hielten. Da aber nur eine von einem möglichst breitem Konsens getragene Resolution Aussicht auf Erfolg und Umsetzung hatte, versuchte Bangladesch, gemeinsam mit Argentinien, diese Staaten zu überzeugen und zu einem Kompromiß zu kommen. Dies gelang auch, indem das Mindestalter für die Teilnahme an bewaffneten

Auseinandersetzungen auf 18 Jahre gesetzt wurde. Als einzige Resolution wurde diese dann auch von einer überragenden Mehrheit angenommen, einzig Mosambik stimmte dagegen.

Ein weiterer Schwerpunkt und Anlaß für lange Verhandlungen war das Thema Landminen. In einer ohne Gegenstimme verabschiedeten Resolution, die von uns gemeinsam mit den USA (!), Großbritannien und Deutschland erarbeitet wurde, werden alle Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, die Ottawa Konvention zu unterzeichnen. Zusätzlich wurde die Notwendigkeit, die unter Landminen besonders leidenden Kinder durch geeignete medizinische, psychologische und soziale Rehabilitierungsmaßnahmen zu versorgen, betont.

In beiden Resolutionen wurde das Recht auf Entwicklung formuliert.

Die Menschenrechte aller Personen die jeglicher Art von Haft oder Gefängnis ausgesetzt sind

Auch die Verbesserung und die Wahrung der Menschenrechte von Häftlingen und Gefangenen ist für Bangladesch ein erklärtes Ziel. Für uns war hierbei aber wichtig, daß in einer möglichen Resolution die nationale Souveränität und die jeweiligen besonderen Eigenheiten und Umstände eines jeden Landes beachtet werden. Die Gefahr einer pauschalen Verurteilung sollte durch eine klare Unterscheidung zwischen den Ländern, die vorsätzlich internationale Standards verletzen, und den Ländern, die trotz aller Bemühungen aufgrund gerade Entwicklungsländern spezifischer Probleme nicht immer alle Standards durchsetzen können, vermieden werden. Gemeinsam mit allen vertretenen Ländern der South Asian Association of Regional Cooperation (SAARC) und noch weiteren sieben Mitgliedsstaaten wurde daher eine Resolution erarbeitet, die diesen Unterschied betonte.

Diese Resolution war erfolgreich und verdankte seinen Erfolg hauptsächlich der fehlenden Abstimmung und Unstimmigkeiten unter den Industrienationen, denen es nicht gelang ihre gemeinsamen Positionen auch gemeinsam zu formulieren. Ihre inhaltlich oft wesensgleichen Resolutionsentwürfe wurden so entweder abgelehnt oder passierten nur mit einer hauchdünnen Mehrheit.

Auch wenn nicht alle drei Themen mangels Zeit behandelt werden konnten, glauben wir, daß die Arbeit und die Diskussionen in der Menschenrechtskommission sehr informativ, fruchtbar, erfolgreich und außerordentlich lehrreich ver-

liefen. Es war eine großartige Erfahrung und eine einmalige Chance, die Welt der Diplomatie hautnah und sehr realitätsgetreu erleben zu können. Ein zusätzlicher Höhepunkt war der Kurzbesuch von Frau Annan, der Ehefrau des Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

Bangladesch in der UNESCO

vertreten von Mechthild Kühne und Valerie Weinzierl

Laut Artikel 1 der Verfassung der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) ist es deren Ziel "... durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf den Gebieten der Erziehung, Wissenschaft und Kultur zur Wahrung der Sicherheit und des Friedens beizutragen...". Mit diesem Ziel vor Augen zogen wir also als Experten - und das sei hier ausdrücklich betont - nach New York. Wir fanden uns in einem Raum mit ca. 80 weiteren Studenten, die insgesamt 58 Nationen vertraten, wieder: Für die folgenden fünf Tage sollte hier der Exekutivrat, der im Auftrag der Generalversammlung handelt, simuliert werden.

Wie üblich, waren die ersten Stunden der Simulation damit gefüllt, die Agenda der Themen - möglichst einstimmig - in die gewünschte Reihenfolge zu legen. In diesem Zusammenhang machten wir die ersten bedeutenden Bekanntschaften mit anderen diplomatischen Akteuren: den Vertretern Indiens und Pakistans, die wir auch in folgenden Diskussionen noch zur Unterstützung brauchen würden, mit den Vertretern Saudi Arabiens, die sich als gut vorbereitet und äußerst kooperativ erwiesen, und mit Argentinien und Mauritius, die uns sehr geholfen haben.

Und so waren wir doch sehr erstaunt von der freundlichen und fruchtbaren Atmosphäre, die in dem UNESCO-Raum am ersten Abend herrschte: die Agenda wurde also recht zügig und ohne große Debakel in folgender Reihenfolge verabschiedet:

1. Bildungsbezogene Herausforderungen für das 21. Jahrhundert;
2. Ein Rückblick auf die Weltdekade für Kulturelle Entwicklung;
3. Förderung von Ethik im Rahmen des Wissenschaftlichen Fortschritts.

Und schon an diesem Abend konnten wir uns sicher sein, daß Agenda Punkt 3 aufgrund der knappen Zeit nie zur Aussprache kommen würde.

Die Arbeit an "Bildungsbezogene Herausforderungen für das 21. Jahrhundert" dauerte drei Tage. Was anfänglich noch harmonisch und konstruktiv erschien, artete recht bald in eher konträren Ansätzen und entsprechend auch in einer Vielzahl von Resolutionen aus, die sich teilweise überschneiden. Ob dieser schwunghafte Resolutionseifer einiger Länder nicht eher kontraproduktiv war, sei dahingestellt. Wir jedenfalls übten uns gekonnt in der Kunst, die wichtigsten Punkte aufzugreifen und durch unsere bengalischen Ansichten verfeinert in die Arbeiten anderer Gruppen einfließen zu lassen; teilweise sehr subtil, aber an gegebener Stelle auch etwas aufbrausender, sicherten wir uns somit die entscheidende Mitsprache an den stichhaltigsten Dokumenten. Wir betonten vor allem die Bedeutung der "higher education", also der weiterführenden Ausbildung, um dem "brain drain", also der Abwanderung von geistigen Potential aus Entwicklungsländern, entgegenzuwirken. Von ganz besonderer Bedeutung war es unserer Expertenmeinung nach - und dabei waren wir sicherlich auch sehr stark durch unser "Vaterland" geprägt -, daß die Entwicklungsfinanzierung als eine der Hauptfragen in den Vordergrund rückte. Und was hätte es in diesem Zusammenhang schöneres geben können, als mit stolzer Brust von den beträchtlichen Erfolgen der "Mikrofinanzparadeorganisation", der bengalischen Grameen Bank, erzählen zu können und die vertretenen Nationen zur Nachahmung zu animieren. Wir waren also Sponsoren der einzigen Resolution, die sich mit dem Thema der Finanzierung fundiert beschäftigt hat, und fanden für diese vielseitige Unterstützung.

Nach diesen langen Verhandlungen wurde am letzten Tag der Konferenz der zweite Agendapunkt in Angriff genommen, und man merkte den Gemütern einen deutlichen Energieverlust an. Nichtsdestotrotz war es ein gemeinsames Ziel, auch dieses vielseitige Thema noch innerhalb von wenigen Stunden durch mannigfaltige Resolutionen von der Tagesordnung zu radieren. Und so entfalteten die Diskussionen aufs neue: das Culture of Peace Program wurde Grundlage der ersten Resolution, während die zweite sich auf Kulturelles Erbe und Kulturelle Identität fokussierte. Eine dritte Resolution appellierte an den öf-

fentlichen und privaten Sektor, mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, und drängte im gleichen Atemzug auf Verstärkung des kulturellen Bewußtseins und der Wahrung ethnischer Gruppen. Einen besonders interessanten Ansatz lieferte Resolution Nummer fünf, die konkret auf die Einführung eines "World Cultural Fair" hinauslief, einer Art Kulturmesse, die einzelnen Regionen auch ökonomische Vorteile verschaffen würde. Natürlich waren auch bei diesem Thema unsere bengalischen Erfahrungen sehr gefragt. So luden wir die Weltgemeinschaft zu einer Konferenz zum Thema "Finanzierung von Bildung" nach Dhaka ein, wo Experten sich auf der Suche nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten an dem Beispiel der Grameen Bank orientieren sollen. Bleibt nur zu hoffen, daß diese Konferenz erfolgreich durchgeführt werden kann - wir freuen uns darauf! Zwei weitere Resolutionen kamen noch in dieser kurzen Zeit zustande, die eine befaßte sich mit dem Problem der verschwindenden Sprachen, während die andere den kulturellen Austausch der Jugend in den Vordergrund rückte. Am Ende konnten wir sehr zufrieden mit unserer Arbeit sein, was nicht zuletzt auf das Expertenkomitee zurückzuführen ist. Das Wichtigste ist hier, nach konsensfähigen Lösungen zu suchen, und wir glauben unsere Resolutionenvielfalt beweist das ein Stück.

Diese Tage in New York als Bangladeschis im Exekutivrat der UNESCO haben uns mit Sicherheit unvergeßliche Eindrücke verschafft - wie interessant es nun wäre, den wahren Vergleich zu haben...

Bangladesch in der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

vertreten durch Antje Schilling und Jochen Neumann

World Health Assembly

Die Weltgesundheitsorganisation widmet sich als Sonderorganisation der Vereinten Nationen gemäß Artikel 1 der WHO Satzung dem Ziel, einen möglichst guten Gesundheitszustand für alle Völker zu erreichen. Wir simulierten die alljährlich zusammentreffende Generalversammlung, das oberste Organ der WHO, in dem Gesundheitsexperten aus 190 Mitgliedsstaaten vertreten sind.

Die Probleme und Interessen Bangladeschs

Als eines der ärmsten Länder dieser Erde hat Bangladesch schwerwiegende Probleme, eine adäquate Gesundheitsversorgung seiner Bevölkerung sicherzustellen. In Folge der zunehmenden Flutkatastrophen hat das Land mit der Ausbreitung von Infektionskrankheiten zu kämpfen. Zudem ist vielerorts die Trinkwasserversorgung durch akute Arsenvergiftung bedroht. Bangladesch benötigt hier dringende Unterstützung durch internationale Organisationen wie z. B. der Weltgesundheitsorganisation. Bei der Festlegung der Tagesordnungspunkte konnten wir uns - im Verbund mit anderen Entwicklungsländern - durchsetzen, so daß die beiden für uns wichtigsten Themen an erster Stelle standen, die folgenden Inhalt hatten: "Prävention und Kontrolle der Verbreitung von Infektionskrankheiten" und "Gesundheitsförderung, Aufklärung und Kommunikation".

Die Arbeit im Komitee

Als Gesundheitsexperten aus Bangladesch legten wir einen Schwerpunkt auf die Bewertung und entsprechende Anpassung beziehungsweise Ausweitung von erfolgversprechenden Programmen der WHO. Durch die Zusammenarbeit mit einigen anderen Entwicklungsländern konnten wir recht schnell eine Resolution entwerfen, die sich unter anderem der Bekämpfung von Tuberkulose durch ein spezielles WHO Programm (DOTS = Directly Observed Treatment) widmete. Desweiteren arbeiteten wir an einem Entwurf einer Resolution zum Problem der Resistenz von Krankheitserregern gegen erprobte Medikamente mit. So hatten wir unsere Ziele, die wir zu diesem Themenbereich anvisiert hatten, sehr erfolgreich umgesetzt. Unter anderem auf Grund der Vielzahl von existierenden Infektionskrankheiten, mit denen sich die WHO zu beschäftigen hat, aber auch auf Grund der unzureichenden Zusammenarbeit der simulierten Staaten, kamen letztlich 33 Resolutionsentwürfe zustande. Kritisch muß angemerkt werden, daß in unserer realistischere sehr großen Versammlung nur sehr wenig koordinierte Zusammenarbeit möglich war. Dies lag unter anderem daran, daß viele Delegierte in der Rolle von Gesundheitsexperten, im Gegensatz zu diplomatischen Repräsentanten, nur wenig außenpolitisches Kalkül anzuwenden wußten. So kam es zu eher zufälliger Kooperation, teilweise auch zwischen außenpolitisch stark verfeindeten Staaten, was in der Realität in dieser Form sicherlich nicht stattgefunden hätte.

Auch die Motivation vieler amerikanischen Teilnehmer, sich gute Noten für die Teilnahme zu sichern, statt sich auf die Rolle als Experten mit den entsprechenden Verhaltensmustern zu konzentrieren, muß als weiterer entscheidender Faktor für den zeitweise unrealistischen Verlauf der Verhandlungen bewertet werden.

Trotzdem darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Gesamtatmosphäre von einer hohen Motivation der Teilnehmer geprägt war und unsere Arbeit zu einer spannenden Herausforderung machte, bei der man sich auf ständig wechselnde Situationen einstellen und schnell reagieren mußte.

Bilanz

Unsere Bemühungen richteten sich nach der recht erfolgreichen Einarbeitung von wichtigen Formulierungen in einige Resolutionsentwürfe auf die Schließung der Debatte, um die Resolutionen in der verbleibenden Zeit auch beschließen und sich noch dem zweiten wichtigen Tagesordnungspunkt widmen zu können. Aus oben genannten Gründen gestaltete sich dies aber als sehr schwierig. Erst in der letzten Debatte der Versammlung kam es zur Abstimmung über die Resolutionsentwürfe, die dann auch entsprechend über drei Stunden dauerte. Insgesamt 17 Resolutionen wurden von uns verabschiedet. Als Experten aus Bangladesch hatten wir es dennoch geschafft, die im Themenbereich der Infektionskrankheiten wichtigen Aspekte für unser Land in einigen Resolutionen zu verankern und einer nunmehr gemeinschaftlich fundierten Lösungssuche zugänglich zu machen.

Zwar hatten wir nicht mehr die Möglichkeit, alle wichtigen Themen zu behandeln, dafür bot sich aber zahlreiche Gelegenheit, diverse Erfahrungen zu sammeln, die wir auf keinen Fall missen möchten. Dazu gehört vor allem die Zusammenarbeit mit den zahlreichen Staaten und den Menschen, die hinter diesen Staaten stehen. Es zeigte sich, daß uns als WHO Delegierte ein gemeinsames Ziel verband - Gesundheit für alle Menschen dieser Welt. Was es aber bedeutet, dieses scheinbar simple Ziel in aktive Pläne umzusetzen, die den Menschen, die sie am dringendsten benötigen, tatsächlich zu helfen, konnten wir nur in Zusammenarbeit mit den anderen Staatsvertretern erfahren. Es sind ge-

rade solche gemeinschaftlichen Erlebnisse, gemeinsam etwas bewirken zu können, die wohl noch lange in uns nachklingen werden.

Bangladesch in der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO)

vertreten durch Jenny Scharrer und Bertrand Njoume

Die FAO (Food and Agriculture Organisation) wurde im Jahre 1943 mit dem Ziel gegründet, den Lebensstandard und das Welternährungsniveau durch eine optimierte landwirtschaftliche Produktivität für die einheimische Bevölkerung zu verbessern. Sie wurde 1945 offiziell als Sonderorganisation der Vereinten Nationen anerkannt. Die FAO besteht aus 174 Mitgliedstaaten; ihre wichtigsten Organe sind die FAO-Konferenz, in der alle Mitgliedstaaten vertreten sind, und die den Vorstand wählt. Im Rahmen des NMUN wurde der Vorstand simuliert, dessen Aufgabe es war, Resolutionen auszuarbeiten, die der Konferenz in einer nachfolgenden Sitzung zur Abstimmung hätten gestellt werden müssen.

Die Themen der diesjährigen Konferenz waren:

1. Ensuring the Supply and Global Distribution of Food
2. Sustainable Forest Management
3. The State of World Fisheries

Die erste Aufgabe des Komitees war die Festlegung der endgültigen Reihenfolge dieser Themen. Nach einer relativ kurzen Debatte einigte man sich, die vorgeschlagene Abfolge beizubehalten, was ganz im Sinne Bangladeschs war. Die Flutkatastrophe des vergangenen Jahres, die Zweidrittel des Landes überschwemmt hatte, brachte auch für die Landwirtschaft dramatische Folgen mit sich. Die Folgen waren nicht nur akute Ernährungsengpässe, sondern auch eine nachhaltige Zerstörung von fruchtbarem Farmland. Daher hatte der Aspekt "Food Security" Priorität.

Punkt 2 der Tagesordnung war "Sustainable Forest Management", was für Bangladesch insofern von großer Bedeutung war, als durch die zunehmende Abholzung die katastrophalen Folgen der massiven Regenfälle potenziert werden, da der erodierte Boden nicht mehr in der Lage ist, Wasser aufzunehmen.

Obwohl in Bangladesch selbst nur 9% des Landes Waldfläche sind, haben wir uns dafür eingesetzt, diesen Punkt vor der Fischproblematik zu behandeln. Letzter Punkt der Tagesordnung konnte aufgrund von Zeitknappheit nicht mehr behandelt werden.

Tagesordnungspunkt 1:

Einhelliger Konsens bestand in unserem Komitee über die Notwendigkeit der Sicherstellung und weltweiten Verteilung von Lebensmitteln. Diskussion gab es naturgemäß über die Art und Weise, wie dies zu bewerkstelligen sei. Für unsere Delegation war es dabei besonders wichtig, Technologietransfer, Training und technische Ausrüstung vor allem im Rahmen einer South-South-Cooperation zu fördern, sowie eine Ausbildung der ländlichen Bevölkerung und die Weiterentwicklung von regionalen Organisationen zu fördern, um eine erfolgreiche Implementierung von Entwicklungshilfeprojekten sicherzustellen. Da unser Land mit einer erneuten Hochwasserkatastrophe rechnen muß, war für uns eine Ausweitung des "Global Information and Early Warning System" (GIEWS) von zentraler Bedeutung, um in Zukunft frühzeitig Hilfsorganisation verständigen zu können und schadensbegrenzende Maßnahmen treffen zu können. Beiden Punkten konnten wir als Sponsoren im Rahmen der Resolutionen 1/C und 1/D Ausdruck verleihen. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit im Komitee war eine Beschäftigungsförderung für Frauen. Dabei stellten wir unsere positiven Erfahrungen mit dem Modell der Grameen Bank vor. Nach einiger Überzeugungsarbeit konnten wir diesen Punkt ebenfalls als Sponsoren in der Resolution 1/B verankern. Von insgesamt fünf Resolutionen hat die Delegation der Volksrepublik Bangladesch damit drei mitverfaßt.

Tagesordnungspunkt 2:

Im Rahmen der Frage eines nachhaltigen Umgangs mit Waldflächen war es Schwerpunkt unserer Arbeit die Auswirkungen eines verantwortungslosen Umgangs darzustellen und gleichzeitig für ein Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung gerade der LDCs und LLDCs und Umweltschutzaspekten zu plädieren. Wichtige Aspekte waren die internationale finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer in ihren Bemühungen, Abholzung zu reduzieren und Aufforstung voranzutreiben sowie die Rücksichtnahme auf die Länder,

die durch eine zu starke Einflußnahme vor allem von Seiten der Industrienationen eine Verletzung ihrer Souveränität befürchteten. Von insgesamt sechs haben wir als Sponsoren an drei der Resolutionen mitgewirkt (2/B; 2/C und 2/G). In der Resolution 2/B haben wir uns bemüht finanzielle Unterstützung von Seiten der Industrienationen sicherzustellen und die Wichtigkeit einer soliden Ausbildung von ländlichen Gemeinden im Umgang mit Waldbeständen zu unterstreichen. In Resolution 2/C haben wir auf den direkten Zusammenhang von Abholzung sowie dem daraus folgenden Versalzen der Böden bzw. dem Austrocknen von unterirdischen Wasserreservoirs und der daraus resultierenden Wasserknappheit in einigen Regionen aufmerksam gemacht. Resolution 2/G beschäftigt sich im Wesentlichen mit dem Etablieren von regionalen Komitees und der Möglichkeit einer intensiveren Zusammenarbeit durch regelmäßige Berichterstattung sowie mit Anreizen für die Privatwirtschaft, sich an bestehende Umweltstandards zu halten um so nachhaltig den Bestand von ausreichenden Waldflächen zu sichern.

Im ganzen wurden in der FAO damit elf Resolutionen verabschiedet. Die Delegation der Volksrepublik Bangladesch hat dabei an sechs dieser Resolutionen aktiv mitgewirkt